

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Uwe Halbach / Manarsha Isaeva*

# **Dagestan: Russlands schwierigste Teilrepublik**

Politische und religiöse Entwicklung  
am »Berg der Sprachen«

S 8  
April 2015  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2015

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Neuere Entwicklungen im Nordkaukasus**
- 12 **Berg der Sprachen:  
Dagestan als *die* Vielvölkerrepublik**
- 15 **Islamische »Wiedergeburt« und  
islamistischer Aufstand**
- 17 **Die Entstehung des bewaffneten Untergrunds**
- 18 **Dagestan im »Kaukasus-Emirat«**
- 22 **Sozialökonomische Probleme und  
Konfliktfelder**
- 25 **Politische Entwicklung 2006–2014**
- 27 **Ausblick**
- 28 **Abkürzungen**

*Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftler in der  
SWP-Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien.*

*Manarsha Isaeva ist studentische Mitarbeiterin am  
Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).*

**Dagestan: Russlands schwierigste Teilrepublik.  
Politische und religiöse Entwicklung am  
»Berg der Sprachen«**

Der Ukraine-Konflikt drängte 2014 einige Themen in den Hintergrund, die für Russland von Bedeutung sind. Dazu gehört die Lage in der kaukasischen Staatsperipherie des Landes. Die patriotische Begeisterung, mit der in Russland die Annexion der Krim einherging, rückte die Sicherheitslage im Nordkaukasus in ein trügerisch positives Licht. Dieser Landesteil ragt in der nachsowjetischen Periode aus dem regionalen Gefüge der Russischen Föderation wie kein anderer hervor, bedingt durch die zwei Kriege in Tschetschenien, anhaltende Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und einem bewaffneten islamistischen Untergrund in weiteren Teilen der Region sowie mannigfache sozial-ökonomische Probleme. Bis vor kurzem rangierte der Nordkaukasus in der Gewaltbilanz des gesamten postsowjetischen Raumes an oberster Stelle, fielen den bewaffneten Auseinandersetzungen doch jährlich mehrere Hundert Menschen zum Opfer – Zivilisten, Sicherheitskräfte und Untergrundkämpfer. 2014 wurde der Nordkaukasus in dieser Hinsicht von der Ostukraine überholt. Die dortigen Kämpfe forderten bis März 2015 laut offiziellen Angaben mindestens 6000 Todesopfer (nach einigen Schätzungen noch weit mehr) und lösten massive Fluchtbewegungen aus. Zugleich stufen auswärtige Analysen die Sicherheitslage im Nordkaukasus aber weiterhin mit »permanent low level insurgency« ein. Im Unterschied zum Südkaukasus mit seinen drei unabhängigen Staaten (Armenien, Aserbaidshan, Georgien) haben externe Akteure und internationale Organisationen kaum Zugang zum Nordkaukasus, dessen Entwicklung als innere Angelegenheit Russlands gilt. So sind hier weniger Handlungsempfehlungen an die Adresse Berlins oder Brüssels zu richten als vielmehr der Ratschlag, diese Region bei Russland-Analysen auch im Schatten der Ukraine-Krise nicht aus dem Blick zu verlieren.

Aus der kaukasischen Staatsperipherie Russlands hebt sich nun wiederum Dagestan am Ostrand Kaukasiens hervor, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Mit rund drei Millionen Einwohnern ist es die mit Abstand größte kaukasische Teilrepublik, und wegen seiner Lage am Kaspischen Meer bildet es für Russland einen strategisch wichtigen Teil dieser Region. Zugleich leben hier auf einem Territorium von der Grö-

ße Bayerns drei Dutzend autochthone Nationalitäten. Damit ist Dagestan das Gebiet mit der größten ethnischen Vielfalt nicht nur im Kaukasus, sondern im gesamten postsowjetischen Raum. In der demographischen und kulturellen Entwicklung der nachsovjetschen Zeit ist Dagestan noch vor anderen kaukasischen Teilrepubliken zu Russlands »innerem Ausland« geworden. Denn der russische Bevölkerungsteil ist hier durch Auswanderung deutlich geschrumpft, während der kulturelle Abstand zum Zentrum zugenommen hat. Unter den 21 Teilrepubliken der Föderation (ohne die 2014 annektierte Krim) zeichnete sich Dagestan nach Ende der Sowjetunion durch ein besonderes politisches System aus, das seiner ethnischen Vielfalt Rechnung trug. Bis 2006 gab es hier anstelle eines Präsidenten einen Staatsrat, in dem die 14 größten Volksgruppen vertreten waren, als kollektives Republik-Oberhaupt. In den folgenden Jahren wechselten sich dann drei vom Kreml eingesetzte Republikführer ab, was mit ethno-politischen Balanceakten zwischen den beiden größten Volksgruppen – Awarern und Darginern – verbunden war.

Seit etwa 2009 steht Dagestan in der Gewaltstatistik der Russischen Föderation an oberster Stelle. 2013 kamen im gesamten Nordkaukasus 529 Menschen bei Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und dem bewaffneten islamistischen Untergrund sowie durch Terroranschläge ums Leben, davon 104 Zivilisten, 127 Angehörige der Sicherheitskräfte und 298 Untergrundkämpfer. Auf Dagestan entfielen dabei 341 Todesopfer. Für 2013 stellte der Chef des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, zwar einen Rückgang terroristischer Gewalttaten in Russland fest. Von insgesamt 218 solchen Delikten entfielen auf den Nordkaukasus allerdings 214 und davon wiederum der größte Teil auf Dagestan. Für das Jahr 2014 liegt die Zahl der kampfbedingten Todesopfer im Nordkaukasus mit 341 – darunter 249 Rebellen – deutlich niedriger.

Als Epizentrum der Gewalt im Kaukasus galt lange Zeit Tschetschenien. Die Republik ist in der Topographie des bewaffneten Aufstands mittlerweile aber zurückgetreten; angeblich sind dort nur noch kleinere Kampfverbände aktiv. Dafür kämpfen Tschetschenen in zunehmender Zahl an unterschiedlichen Fronten außerhalb ihrer Heimat – etwa in der Ostukraine sowohl auf Seiten prorussischer Separatisten als auch auf der ukrainischen Gegenseite, vor allem jedoch an der derzeit prominentesten und brutalsten Jihad-Front in Syrien und im Irak. Dagestan wird mehr und mehr zum Zentrum im heimischen »Kaukasus-Emirat«

(*Imarat Kavkaz*), das seit 2007 den theokratischen Rahmen für den islamistischen Untergrund bildet. Allerdings kann auch bei Tschetschenien, das unter der Gewaltherrschaft des Republikoberhauptes Ramsan Kadyrow steht, von nachhaltiger Befriedung kaum die Rede sein, wie Terroranschläge im vierten Quartal 2014 zeigten. Ein Angriff auf das Pressehaus in Grosny und auf Sicherheitskräfte legte am 4. Dezember die Republikhauptstadt lahm und forderte zwei Dutzend Todesopfer.

Dagestan als die in ethno-demographischer, kultureller und religionspolitischer Hinsicht komplizierteste Teilrepublik der Russischen Föderation verdient besondere Aufmerksamkeit bei Russland-Analysen. Den spezifischen Fragen, die sich dabei stellen, möchte die vorliegende Studie nachgehen. Wie wirkt sich die ethnische Vielfalt, mit der sich diese kaukasische Teilrepublik von allen anderen Föderationssubjekten Russlands abhebt, auf das politische und gesellschaftliche Leben aus? In welchem Zusammenhang steht die Gewaltentwicklung im Untergrund mit sozialökonomischen Problemen wie hoher Jugendarbeitslosigkeit und Defiziten bei der Regierungsführung, etwa der systemischen Korruption in Dagestan? Wie reagieren die politischen Führungen in Moskau und der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala auf diese Probleme und Herausforderungen? Welchen Einfluss hatten die Kriege in Tschetschenien auf die Nachbarrepublik? Besondere Bedeutung kommt der Frage zu, wie sich die islamische »Wiedergeburt« in diesem Landesteil Russlands vollzieht. Bereits zu sowjetischer Zeit spielte die islamische Tradition hier eine erhebliche Rolle, bevor sich beim Übergang in die nachsovjetsche Periode Spannungen zwischen traditionellen (insbesondere sufischen) und fundamentalistischen (salafistischen, »wahhabitischen«) Varianten des Islam herausbildeten.

## Neuere Entwicklungen im Nordkaukasus

Vor der Zuspitzung des Ukraine-Konflikts trat der Nordkaukasus zuletzt aus Anlass der Olympischen Winterspiele von Sotschi im Februar 2014 ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Kampfansagen aus dem »Kaukasus-Emirat« bedrohten die Großveranstaltung, zumal es bereits im Oktober und Dezember 2013 zu Terroranschlägen auf zivile Objekte in Wolgograd kam. Die Spiele fanden dann unter höchstem Sicherheitsaufwand statt und verliefen ungestört. Unmittelbar nach der Olympiade verschärfte Russland sein Vorgehen gegenüber der Ukraine, und für die folgenden Monate geriet der Nordkaukasus in den Hintergrund der russischen wie der internationalen Aufmerksamkeit. Die Annexion der Halbinsel Krim und die sie begleitende Propaganda erzeugten ein Hochgefühl patriotischer Begeisterung in Russland, wo man die Lage im Nordkaukasus nunmehr in ein trügerisch positives Licht rückte. Noch im Januar 2014 hatten laut Umfrage des Levada-Zentrums nur 18 Prozent der Bevölkerung Russlands die Situation in dieser Region als positiv bewertet. Bis März jedoch stieg die Quote auf 41 Prozent an. Nur noch 43 Prozent bezeichneten jetzt die Lage im Nordkaukasus als »angespannt«, im Januar waren es noch 60 Prozent gewesen.<sup>1</sup> Wie Lew Gudkow, Direktor des russischen Meinungsforschungsinstituts, die Zahlen kommentierte, hatten jene Nachrichten, die der Krim und der Ukraine galten, Meldungen über Missstände im Nordkaukasus so weit in den Hintergrund gedrängt, dass viele Russen nun glaubten, die Situation dort habe sich stabilisiert.<sup>2</sup> Andere Ereignisse mögen ebenfalls zu dieser

Einschätzung beigetragen haben. So gab es Berichte über den Tod Doku Umarows, des tschetschenischen Untergrundführers, der 2007 das »Kaukasus-Emirat« mit dessen Jihad-Agenda ins Leben gerufen hatte. Zudem teilten russische Sicherheitskräfte mit, dass die Zahl terroristischer Aktivitäten erneut zurückgegangen sei und man prominente Untergrundkämpfer ausgeschaltet habe.

Im August 2014 meldete der Inlandsgeheimdienst FSB Erfolge bei der Bekämpfung von Terrorismus im Nordkaukasus, was in Expertenkreisen jedoch auf Zweifel stieß. Die Rede war von 328 »potentiellen Terroristen«, die im ersten Halbjahr 2014 verhaftet worden seien. Da die Sicherheitskräfte im Nordkaukasus aber nach dem Prinzip kollektiver Bestrafung vorgehen, handelte es sich hierbei möglicherweise weniger um aktive Untergrundkämpfer als um Personen aus deren sozialem und verwandtschaftlichem Umfeld. Im Januar 2015 berichtete das russische Innenministerium, 2014 seien 259 Rebellen, darunter 36 Kommandeure, von Sicherheitskräften getötet und 421 Untergrundkämpfer verhaftet worden.

Insgesamt hat sich 2014 die Wahrnehmung terroristischer Bedrohung in Russland verändert, bedingt durch eine massive Feindbild-Propaganda des Kremls seit Beginn der Ukraine-Krise. Gefahren wurden laut Meinungsumfragen kaum noch mit dem Kaukasus in Verbindung gebracht, sondern mit Russlands »äußeren Feinden«, an deren Spitze die USA gesehen werden.<sup>3</sup> Nach einer Umfrage von November 2014 lokalisieren über 60 Prozent der russischen Bevölkerung die Hauptbedrohungen für ihr Land im Ausland, nur noch 18 Prozent im Inland.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> »Vsplesk optimizma rossijan po otnošeniju k situacii na Kavkaze obuslovljen prisoedineniem Kryma k RF, uvereniy sociologii« [Soziologen sind überzeugt, dass der gesteigerte Optimismus der Russen zur Situation im Kaukasus durch den Anschluss der Krim an die Russische Föderation bedingt ist], *Kavkazskij Uzel*, 15.4.2014, <[www.kavkaz-uzel.ru/articles/240984](http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/240984)> (Zugriff am 7.4.2015). Das Nachrichtenportal »Kavkazskij Uzel« (Der Kaukasische Knoten), das in der vorliegenden Studie häufig als Quelle angegeben wird, wurde 2001 von der menschenrechtspolitischen Gesellschaft Memorial gegründet. Es bietet umfassende Informationen über Entwicklungen im Süd- und Nordkaukasus sowie in südlichen Regionen Russlands.

<sup>2</sup> »Počemu rossijane stali položitel'no ocenivat' situaciju na Severnom Kavkaze« [Warum die Bürger Russlands die Situa-

tion im Nordkaukasus nun positiv einschätzen], *Novoe Delo*, 21.4.2014, <<http://ndelo.ru/politika-5/3057-lyubov-i-nenavist-v-protsentakh>> (Zugriff am 7.4.2015).

<sup>3</sup> 22 Prozent der in neueren Meinungsumfragen befragten Russen meinen, von den USA gehe eine terroristische Bedrohung aus (2013 waren es nur 4 Prozent); gerade noch 3 Prozent bringen den Kaukasus mit einer solchen Bedrohung in Verbindung (2013 waren es noch 20 Prozent). 13 Prozent sehen »radikale Islamisten« als Quelle terroristischer Gefahr, 7 Prozent die Ukraine. »Kavkaz ustupil mesto SŠA« [Der Kaukasus tritt hinter den USA zurück], in: *Kommersant*, 21.10.2014.

<sup>4</sup> TASS, 28.1.2015.

Anfang Dezember 2014 brachte allerdings der bereits erwähnte Terroranschlag in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny den bewaffneten Untergrund des Nordkaukasus wieder zurück in russische Bedrohungswahrnehmungen. Und im ersten Quartal 2015 verstärkte sich die Aufmerksamkeit für die Region noch durch die angebliche »tschetschenische Spur« bei dem Mordanschlag auf Boris Nemzow und die sich häufenden Nachrichten über nordkaukasische Kämpfer in Syrien und im Irak.

Von einer nachhaltigen Stabilisierung des Nordkaukasus kann kaum die Rede sein. 2009 hatte der damalige russische Präsident Dmitrij Medwedew die kaukasische Staatsperipherie zur größten inneren Sicherheitsherausforderung Russlands erklärt. Im Januar 2010 erhob er das Gebiet zu einem eigenen Föderalbezirk, der mit Ausnahme Adygejas alle kaukasischen Teilrepubliken und die südrussische Region Stawropol umfasst. Hauptstadt wurde Pjatigorsk in der Region Stawropol. An die Spitze des Föderalbezirks Nordkaukasus wurde als Sonderbevollmächtigter des Präsidenten Aleksandr Chloponin gesetzt – ein erfolgreicher Wirtschaftsmanager, der zuvor als Gouverneur die sibirische Region Krasnojarsk auf Vordermann gebracht hatte. Damit signalisierte Moskau einen Strategiewechsel in seiner Politik gegenüber dem Nordkaukasus. Bislang war diese einseitig auf militärische Maßnahmen gerichtet, die in Händen der »Siloviki«, der Vertreter der Sicherheitsorgane, lagen; nun wandte man sich einer Politik der Modernisierung zu, die auf sozialökonomische Reformen setzt.<sup>5</sup> Hatte Russland die Region zuvor weitgehend abgeschottet, so wurden nun Programme ins Leben gerufen, um sie gegenüber auswärtiger wie inländischer Investitionstätigkeit zu öffnen. So wurde etwa Aserbaidschan als das wirtschaftliche Schwergewicht im Südkaukasus für Investitionen in seiner nordkaukasischen Nachbarschaft umworben.<sup>6</sup> 70 Prozent des Warenaustauschs zwischen Russland und Aserbaidschan erfolgen auf dem Landweg über die Südgrenze Dagestans. Gegenwärtig steht beim Brückenschlag zwischen Dagestan und dem Südkaukasus ein Straßenprojekt im Mittelpunkt, das die nordkaukasische Republik mit Georgien verbinden soll – die »Awaro-Kachetische Autobahn« zwischen Machatschkala und Tiflis.

<sup>5</sup> Uwe Halbach, *Russlands inneres Ausland. Der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2010 (SWP-Studie 27/2010).

<sup>6</sup> Paul Goble, »Moscow Seeks Baku's Help in Developing the North Caucasus«, in: *ADA Biweekly*, 4 (15.10.2011) 20, S. 1.

Im Vorfeld der Spiele von Sotschi 2014, die nicht zuletzt als Projekt für regionale Entwicklung propagiert wurden, sollten neue Ferienorte und Wintersportzentren in allen kaukasischen Teilrepubliken entstehen. Das Projekt folgte gewissermaßen dem Motto »Tourismus versus Terrorismus«, wurde aber prompt zu einem Ziel für Anschläge aus dem bewaffneten Untergrund. Vier Jahre nach dem »Strategiewechsel« wurde deutlich, dass die Wende nicht wirklich gelungen und die prekäre Sicherheitslage längst nicht überwunden war. Im Mai 2014 setzte Präsident Putin einen neuen Leiter im Föderalbezirk Nordkaukasus ein. Damit ging die Ära Chloponins zu Ende, der allerdings sein Amt als stellvertretender Premierminister in Moskau behielt. In dieser Funktion verkündete er am 18. Juni des Jahres, dass die russische Regierung weite Teile ihres Tourismusprogramms für die kaukasische Problemregion aufgegeben habe. Von ursprünglich sieben geplanten Projekten sollten nur noch drei realisiert werden.<sup>7</sup> Insgesamt waren die Erwartungen des Kremls enttäuscht worden, das Anwerben von Investitionen privater Unternehmer lasse sich als Mittel nutzen, um die Region zu befrieden.

2012 hatte die russische Regierung ein Entwicklungsprogramm für den Nordkaukasus mit einer Laufzeit bis 2025 vorgestellt. Es sah eine Investitionssumme von 70 Milliarden US-Dollar vor, die größtenteils über Quellen außerhalb des Staatshaushalts eingebracht werden sollten. Mittlerweile wird dieses Programm als unrealistisch betrachtet, nicht zuletzt wegen des sinkenden Wirtschaftswachstums in Russland. Zugleich setzte die Ukraine-Krise den Nordkaukasus in der Rangliste jener Brennpunkte zurück, die an Russland die größten sicherheits- und entwicklungspolitischen Anforderungen stellen. Der ehemalige russische Finanzminister Aleksej Kudrin schätzt, dass die anstehenden Investitionen zur Integration der Krim in die Russische Föderation höhere Kosten mit sich bringen könnten als der Wiederaufbau im Nordkaukasus nach den beiden Tschetschenien-Kriegen.<sup>8</sup> Im Umfeld der Ukraine-Krise kürzte die Regierung 2014 ihre Ausgaben für die Entwicklung im Nordkaukasus.<sup>9</sup> Im Juli 2014 äußerte die Vorsitzende des Rechnungshofes in Moskau Bedenken gegen

<sup>7</sup> *Lenta.ru*, 25.6.2014.

<sup>8</sup> Interview mit Aleksej Kudrin im Programm »Nedelja«, veröffentlicht am 17.5.2014, <[https://www.youtube.com/watch?v=46WN\\_OaiWXs](https://www.youtube.com/watch?v=46WN_OaiWXs)> (Zugriff am 7.4.2015).

<sup>9</sup> Valery Dzutsev, »With Eye on Ukraine, Kremlin Reduces Aid to the North Caucasus and Eases Travel Abroad«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (30.4.2014) 80.



die bisherigen Haushaltszuschüsse für die sieben am stärksten subventionierten Regionen der Föderation.<sup>10</sup> Zu diesen Föderationssubjekten gehören vier nordkaukasische Teilrepubliken, darunter Dagestan. Außerhalb des Kaukasus kommen noch Altai, Tywa und Kamtschatka dazu.

Insgesamt sahen sich 2014 die kaukasischen Teilrepubliken Russlands, und dabei besonders Dagestan, durch den Abzug finanzieller und militärischer Ressourcen aufgrund der Ukraine-Politik des Kremls vernachlässigt. Entsprechende Befürchtungen brachten sie im Oktober 2014 auf einer Konferenz in Pjatigorsk zum Ausdruck. Ein Teilnehmer aus Dagestan sagte, dass viele Menschen in seiner Republik überzeugt seien, der Krieg in der Ukraine gehe auf Kosten des Einsatzes gegen militante Islamisten im Nordkaukasus, da militärische Ressourcen zunehmend von dieser Region an die ukrainische Grenze verlagert würden. Andere Besucher der Tagung kritisierten Russlands »doppelte Standards«, was die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung betreffe. Die Unterstützung prorussischer »Freiheitskämpfer« in der Ostukraine kontrastierten sie dabei mit der massiven Kriegführung gegen tschetschenische »Freiheitskämpfer« im Nordkaukasus.<sup>11</sup>

Auch auf politischer Handlungsebene war Chloponin kein nachhaltiger Erfolg beschieden. Lokale Republikführer wie der tschetschenische Autokrat Kadyrow zogen es vor, sich über Pjatigorsk hinweg direkt mit Moskau in Verbindung zu setzen. Am selben Tag, an dem Chloponin aus seinem Amt als Leiter des Föderalbezirks Nordkaukasus entlassen wurde, unterzeichnete Putin ein Dekret zur Bildung eines speziellen Ministeriums für Angelegenheiten dieser Region. Er signalisierte damit, dass sie keineswegs einen Verlust an Aufmerksamkeit in Moskau zu erwarten habe. Das Ministerium, so heißt es in dem Dekret, solle der »Entscheidung von Fragen dienen, die mit der sozial-ökonomischen Entwicklung des Nordkaukasus zusammenhängen«.<sup>12</sup> Also doch keine Abwendung von dem mit Chloponin verbundenen Reformkurs?

An die Stelle Chloponins im Föderalbezirk Nordkaukasus trat Sergej Melikow – ein Offizier dagestani-

scher Abstammung, der zuvor im russischen Innenministerium für den Einsatz innerer Truppen in der Region zuständig gewesen war. Regionalexperten lesen aus dieser Personalie zwei Signale für die russische Politik im Nordkaukasus heraus: erstens eine Abwendung von reform- und entwicklungspolitischen Prioritäten zugunsten einer Rückkehr zur Sicherheitspolitik der »Siloviki«, zweitens eine Hervorhebung Dagestans in diesem Kontext.<sup>13</sup> Zwar wurden 2014 russische Elitetruppen aus dem Nordkaukasus an die ukrainische Grenze verlegt, so dass die sicherheitspolitische Relevanz der Region hinter der Ukraine-Krise zurückzutreten schien.<sup>14</sup> Aber im März 2015 hob eine Konferenz nordkaukasischer Republikführer unter dem Vorsitz Nikolai Patruschews, des Leiters der Russischen Sicherheitsrats, die sicherheitspolitische Bedeutung der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus in der Region wieder deutlich hervor. Zudem mehrten sich Militärmanöver im Südlichen Militärbezirk und im Nordkaukasus, die in einigen Kommentaren als ein Machtsignal an die Nachbarn im Südkaukasus gedeutet wurden.<sup>15</sup>

Noch während Chloponins Amtszeit geriet Dagestan zunehmend ins Zentrum des bewaffneten islamistischen Widerstands – durch das »Kaukasus-Emirat«, das unter Führung des ehemaligen tschetschenischen Untergrundpräsidenten Umarow stand. Tschetschenien wurde in dieser Hinsicht in den Hintergrund gedrängt. Nach dem im März 2014 öffentlich bekannt gegebenen und schon Monate zuvor vermuteten Tod Umarows wurde Ali Abu Muhammad (Aliaskhab Kebekov) zu seinem Nachfolger. Erstmals stand damit nun auch ein Führer dagestanischer Herkunft an der Spitze des »Kaukasus-Emirats«, das bislang weitgehend von tschetschenischen Akteuren dominiert wurde. Seit Ende des ersten Tschetschenien-Krieges 1996 hatten sich im bewaffneten Untergrund des Nordkaukasus ethno-nationalistische Parolen mehr und mehr zugunsten eines »religiös« begründeten Jihad verschoben. Der bewaffnete Untergrund Tschetscheniens stand für beides: die nationalistisch-separatistische

<sup>10</sup> Ders., »Russian Official Proposes Cutting Financial Aid to the North Caucasus«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (6.8.2014) 144.

<sup>11</sup> Ders., »North Caucasians Point out Moscow's Double Standard on North Caucasus and Ukraine«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (3.11.2014) 195.

<sup>12</sup> Musa Muradov, »Severnyj Kavkaz ostavili za Aleksandrom Chloponym« [Man hat den Nordkaukasus bei Aleksandr Chloponin gelassen], in: *Kommersant*, 16.5.2014.

<sup>13</sup> Mairbek Vatchagaev, »Appointment of General Melikov to Replace Khloponin Points to Kremlin Bid to Subdue Dagestani Insurgency«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (16.5.2014) 92.

<sup>14</sup> Valery Dzutsev, »War with Ukraine Pulls Best Russian Military Units from North Caucasus«, *Daily Monitor*, 11 (8.9.2014) 156.

<sup>15</sup> Mairbek Vatchagaev, »Are Russian Military Exercises in the North Caucasus a Signal to Azerbaijan and Georgia?«, *Jamestown Foundation Blog on Russia and Eurasia*, 12 (10.4.2015) 67.

und die jihadistische Begründung des Kampfes. In der Vielvölkerrepublik Dagestan hingegen trat die nationalistisch-separatistische Komponente in den Hintergrund. Dafür ist Dagestan das historische Symbol für einen islamisch begründeten antikolonialen Widerstand gegen die Armee des Zaren im 19. Jahrhundert. Heute bildet es den Brennpunkt von Anti-Terror-Einsätzen staatlicher Sicherheitskräfte im Nordkaukasus. 2014 ist kaum eine Woche ohne größere Operationen vergangen, obwohl die Kampfberührungen zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern in der Region während des Jahres insgesamt zurückgegangen sind.<sup>16</sup>

Hinsichtlich islamistischer Untergrundaktivitäten hat sich 2014 die internationale Aufmerksamkeit verlagert. Die mörderischen Umtriebe des »Islamischen Staates« (IS) in Syrien und im Irak und die von ihm ausgehende globale Bedrohung haben das »Kaukasus-Emirat« – als regional begrenztes islamistisches Gebilde – in den Hintergrund gedrängt, obwohl viele Jihadisten nordkaukasischer Provenienz in den Reihen des IS und bei anderen Gruppen in Syrien und im Irak aktiv sind.<sup>17</sup> Nach Angaben der FSB-Abteilung in Dagestan beteiligten sich im März 2014 bereits rund 200 Dagestaner in Syrien an Kämpfen gegen das dortige

Regime.<sup>18</sup> Bei der Rückkehr nach Russland müssen sie mit Freiheitsstrafe rechnen, denn gemäß einem russischen Gesetz von 2013 kann die Beteiligung an militanten Formationen, die den Interessen Russlands widersprechen, mit bis zu sechs Jahren Haft bestraft werden.<sup>19</sup>

Was mögliche Ausstrahlungen des IS auf Russlands Problemregion Nordkaukasus betrifft, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Einerseits könnten Rückkehrer aus den Kampfgebieten in Syrien und im Irak den bewaffneten islamistischen Untergrund ihrer Heimatregion radikalisieren und brutalisieren. Andererseits hat die Mitwirkung nordkaukasischer Kämpfer am IS-Feldzug einen Konflikt innerhalb des »Kaukasus-Emirats« ausgelöst, der den bewaffneten Widerstand spaltet und schwächt. Seit Ende 2014 mehren sich Meldungen über Risse im bewaffneten Untergrund und Streitigkeiten in der neuen Führung des »Emirats«, die vor allem mit der Beteiligung nordkaukasischer Kämpfer am Jihad des IS in Syrien zu tun haben. Eine wachsende Zahl von Feldkommandeuren (Emiren) aus Dagestan, Tschetschenien und anderen Teilen des Nordkaukasus haben IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi den Treueid geschworen und sich damit in Widerspruch zum neuen Oberhaupt des »Kaukasus-Emirats« gesetzt.<sup>20</sup>

Kurz vor Abschluss dieser Studie wurde bekannt, dass Emir Abu Muhammad am 19. April 2015 ums Leben kam, nachdem er gerade einmal ein Jahr amtiert hatte. Er starb demnach bei einer Spezialoperation russischer Sicherheitskräfte in einem Dorf des Bujnaks-Distrikts in Dagestan, bei der insgesamt fünf Menschen getötet wurden.<sup>21</sup> Nun wird vermutet, dass sich die Risse im »Emirat« noch weiter vertiefen und der Einfluss des IS auf den nordkaukasischen Untergrund stärker werden könnte.

**16** Bei diesen Anti-Terror-Maßnahmen kam es zu massiven Übergriffen. So wurden im März 2014 beim Kampf gegen Insurgenten Waldflächen in mehreren Bezirken Dagestans abgefackelt, was die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung gefährdet. Im November 2014 wandten sich die Bewohner eines Dorfes im Bezirk Untskul mit einem Aufruf an ihre Mitbürger und forderten sie auf, die enormen Schäden zur Kenntnis zu nehmen, die durch permanente Anti-Terror-Operationen in ihrem Gebiet verursacht werden. Dazu: »Žiteli Vremennogo prosjat obščest'vennost' prinjat' učastie v ocenke ponesenogo imi uščerba« [Die Einwohner von Vremenyj bitten die Öffentlichkeit, den ihnen zugefügten Schaden zur Kenntnis zu nehmen], *Kavkazskij Uzel*, 24.11.2014, <[www.kavkaz-uzel.ru/articles/252865](http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/252865)> (Zugriff am 13.4.2015).

**17** Guido Steinberg, *Eine tschetschenische al-Qaida? In Syrien internationalisieren kaukasische Gruppen den bewaffneten Kampf und werden zur Gefahr für die Türkei und Europa*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2014 (SWP-Aktuell 40/2014); Emil Souleimanov, »Globalizing Jihad? North Caucasians in the Syrian Civil War«, <[https://www.academia.edu/7998656/Globalizing\\_Jihad\\_North\\_Caucasians\\_in\\_the\\_Syrian\\_Civil\\_War](https://www.academia.edu/7998656/Globalizing_Jihad_North_Caucasians_in_the_Syrian_Civil_War)> (Zugriff am 13.4.2015); ders., »Von Groznyj nach Aleppo. Nordkaukasische Dschihadisten im syrischen Bürgerkrieg«, in: *Osteuropa*, (2014) 8, S. 17–25; Murad Batal al Shishani, »Islamist North Caucasus Rebels Training a New Generation of Fighters in Syria«, *Jamestown Foundation Militant Leadership Monitor*, 2.10.2014; Mairbek Vatchagaev, »Number of Disillusioned North Caucasian Militants Returning from Syria Increases«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (24.10.2014) 189.

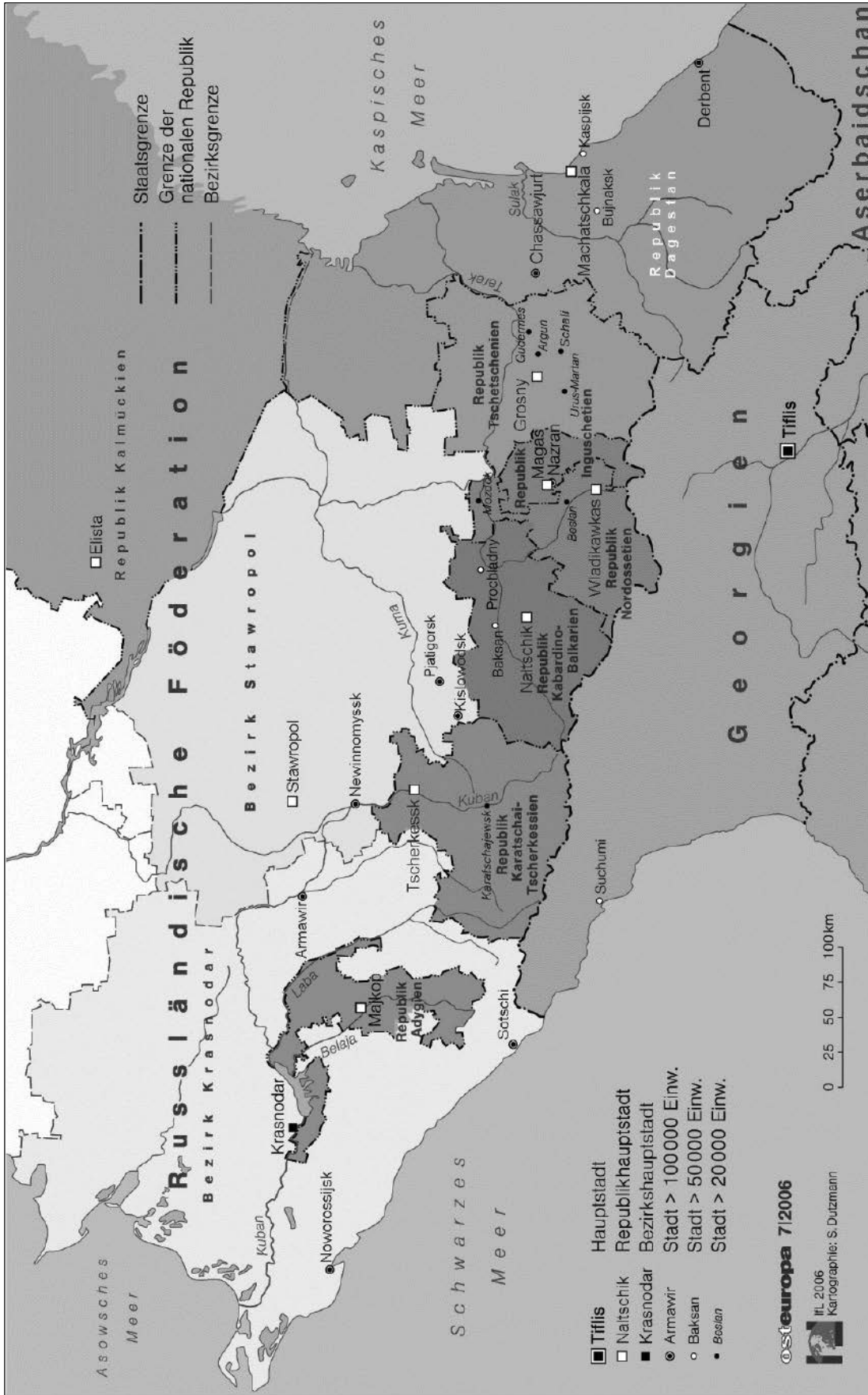
**18** »V Dagestane zaderžali boevika, voevavšego v Sirii« [In Dagestan wurde ein Rebell verhaftet, der in Syrien gekämpft hat], in: *Rossijskaja Gazeta*, 26.7.2013, <[www.rg.ru/2013/07/26/reg-skfo/terrorist-anons.html](http://www.rg.ru/2013/07/26/reg-skfo/terrorist-anons.html)> (Zugriff am 13.4.2015).

**19** »Žitel' Čečni Šachid Temirbulatov podozrevaetsja v učastii v voennyh dejstvijach v Sirii« (Der Einwohner Tschetscheniens Schachid Termirbulatow wird der Teilnahme an Militärationen in Syrien verdächtigt), *Kavkazskij Uzel*, 9.1.2014, <[www.kavkaz-uzel.ru/articles/236388/](http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/236388/)> (Zugriff am 13.4.2015).

**20** Ausführlicher dazu unten im Abschnitt »Dagestan im »Kaukasus-Emirat«.

**21** Mairbek Vatchagaev, »Caucasus Emirate Amir Killed in Dagestan«, *North Caucasus Weekly*, 24.4.2015.

Karte: Nordkaukasus



## Berg der Sprachen: Dagestan als *die* Vielvölkerrepublik

Der arabische Geograph al-Masudi bezeichnete im 10. Jahrhundert den Kaukasus als »Berg der Sprachen«. Diese Metapher geht in der Region wohl nirgendwo überzeugender auf als in Dagestan. Mit dem im 16. Jahrhundert auftauchenden turko-persischen Namen, der »Bergland« bedeutet, wird diese Republik im Unterschied zu anderen nationalen Gebietseinheiten Russlands und der ehemaligen Sowjetunion nicht ethnisch, sondern geographisch bezeichnet. Autonomie war in diesem Fall nicht auf eine oder zwei namengebende Nationalitäten gerichtet – wie in anderen Teilrepubliken –, sondern auf eine Vielzahl einheimischer Ethnien. Der ethnischen Vielfalt entspricht ein babylonisches Sprachengewirr, bei dem die Grenzen auf engstem Raum verlaufen. Sprachen, von denen man in Europa kaum je gehört hat, wie Darginisch, Tabassaranisch oder Rutulisch, werden von Linguisten nochmals unterteilt, so etwa das Darginische in ein Dutzend Untersprachen. Allerdings wird der Gebrauch der indigenen Sprachen in Dagestan und im gesamten Nordkaukasus zunehmend durch die Verbreitung des Russischen eingeschränkt, wie auf einer Konferenz in Stawropol im März 2015 festgestellt und von Vertretern der kaukasischen Volksgruppen beklagt wurde.

An die drei Dutzend autochthone Nationalitäten bilden die Republikbevölkerung, die heute aus annähernd drei Millionen Menschen besteht. Davon entfallen 29 Prozent auf Awaren und 17 Prozent auf Darginer, die beide zu einer nachisch-dagestanischen Sprachfamilie im engeren Sinne gehören – wie auch Lesgier oder Lesginen (13 Prozent), Laken (5,6 Prozent), Tabassaraner (4,1 Prozent), Rutulen (1 Prozent) und andere. Zu den altaisch-turkstämmigen Volksgruppen gehören Kumyken (15 Prozent) und Nogaier (1,4 Prozent). Der Anteil ethnischer Russen, der am Ende sowjetischer Zeit noch gut ein Zehntel ausmachte, ist durch Auswanderung auf unter 3 Prozent gesunken. Eine tschetschenische Minderheit umfasst 3,2 Prozent, eine aserbajdschanische 4,5 Prozent der Republikbevölkerung.

Dagestan steht im Nordkaukasus damit im Kontrast zu anderen Teilrepubliken wie Tschetschenien und Inguschetien, die in nachsowjetischer Zeit einen hohen Grad ethnischer Homogenität erlangt haben,

oder zu den binationalen »Bindestrich-Republiken« Kabardino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessien. In Letzteren konkurrieren jeweils zwei unterschiedliche Titulernationalitäten, eine größere und eine kleinere, um die politischen und wirtschaftlichen Machtressourcen vor Ort, wobei sich die kleinere Volksgruppe durch die Ethnokratie der größeren diskriminiert fühlt.

Ist diese ethnische Vielfalt ein Konfliktfaktor? Bei einer Umfrage vom Frühjahr 2013 bewerteten nur 2,8 Prozent der Befragten in Dagestan interethnische Spannungen als einen Hauptgrund für Instabilität.<sup>22</sup> Ethnische Vielfalt und komplexe zwischenethnische Beziehungen sind also nicht von vornherein als konfliktträchtig anzusehen. Gleichwohl spielten sie eine beträchtliche Rolle bei der Entwicklung dieser Republik in nachsowjetischer Zeit.

Den Übergang des sowjetischen Vielvölkerstaats in die postsowjetische Periode stellte Valerij Tischkowi, ein führender russischer Ethnologe, Anfang der 1990er Jahre unter die Überschrift »Explosion des Ethnischen« (*vzryv etničnosti*). Und auch diese Metapher ging im Falle Dagestans besonders eindringlich auf. Hier trat eine nationale Volksfront nach der anderen mit Autonomie- oder Territorialforderungen auf den Plan.<sup>23</sup> Die interethnische Szene war in dieser Zeit durchaus angespannt. Bei einer Meinungsumfrage, die 1994 in der Republikhauptstadt Machatschkala durchgeführt wurde, bekundeten 52 Prozent die Bereitschaft, sich für ihre Volksgruppe in bewaffneten Konflikten einzusetzen.<sup>24</sup>

Riskant wurde die »Explosion des Ethnischen« besonders in Regionen, in denen postsowjetische Staatsgrenzen die Siedlungsgebiete einzelner Volksgruppen durchschnitteten. Hatten diese Grenzen in sowjetischer

22 »Opros: Žiteli Dagestana nazvali tri glavnye pričiny vspleska nasilija v respublike« [Eine Umfrage: Die Einwohner Dagestans nannten drei Hauptgründe für den Ausbruch von Gewalt in der Republik], in: *Caucasus Times*, 10.5.2013.

23 Als erste die nogaische Bewegung *Birlık* (Einheit), danach die lesginische *Sadval* (ebenfalls: Einheit), die awarische *Volksfront Schamil*, die kumykische *Tenglik* (Gleichheit), die darginische *Zadeh*, die lakische Bewegung *Kazi-Kumuch* u.a.

24 Gordon M. Hahn, *Russia's Islamic Threat*, New Haven u.a.: Yale University Press, 2007, S. 100.

Zeit rein administrative Zwecke, so wurden sie nun zu Trennlinien zwischen neuen Staats-, Rechts-, Zoll- und Wirtschaftsräumen.<sup>25</sup> In Dagestan stellte sich vor allem die »lesginische Frage«, die das Grenzgebiet zum südkaukasischen Nachbarland Aserbaidschan betraf. Anfang der 1990er Jahre kämpfte die Volksfront *Sadval* dafür, lesginische Siedlungsgebiete beiderseits des Grenzflusses Samur zu einem unabhängigen Staat zu vereinigen. Entsprechend lehnte sie sich gegen den Ausbau der Staatsgrenze zwischen Aserbaidschan und Russland im Kaukasus auf. In sowjetischer Zeit hatten lesginische Hirten ungehindert Sommerweiden auf beiden Seiten dieser Grenze wechselweise genutzt. Die nogaischen Siedlungsgebiete wiederum sind zwischen Dagestan, Tschetschenien und der Region Stawropol aufgeteilt. Auch hier kam es in der Periode der nationalen Volksfronten zu irredentistischen Bestrebungen. Im Grenzgebiet zu Tschetschenien tauchte in den dagestanischen Distrikten Nowolak und Chassawjurt das Akkiner-Problem auf. Es resultierte daraus, dass Tschetschenen 1944 aus diesem Gebiet deportiert worden waren, die dann nach ihrer Rückkehr neue ethnische Siedlungsverhältnisse antrafen, da man dort Angehörige anderer Volksgruppen angesiedelt hatte.

Andererseits begünstigte die ethnische Vielfalt aber auch den Zusammenhalt der Republik Dagestan innerhalb der Russischen Föderation. Denn während sich in der Nachbarrepublik Tschetschenien seit 1991 eine nationale Sezessionsbewegung gegen die russische Oberherrschaft entwickelte, kam es in Dagestan nicht zu einem republikweiten Separatismus ethno-nationalistischer Ausrichtung. Rasul Gamsatow, der bekannteste dagestanische Schriftsteller, brachte dies einmal mit folgenden Worten zum Ausdruck: Dagestan sei Russland nicht freiwillig beigetreten und denke nicht daran, es freiwillig wieder zu verlassen. Und tatsächlich steht laut Meinungsumfragen die Identifikation mit Russland nicht hinter ethnischen und lokalen Identitätsbezügen zurück. Trotz verstärkter Identifikation mit dem Islam grenzt sich die dagestanische Bevölkerung von Russland und den Russen weniger ab als etwa die muslimische Bevölkerung in der Republik Tatarstan im Landesinneren.<sup>26</sup> Dabei ist jedoch zu be-

rücksichtigen, dass ethnische Russen in Dagestan nur noch eine winzige Minderheit bilden, in Tatarstan hingegen gut die Hälfte der Bevölkerung. Die Dagestaner beklagen indes eine zunehmende antikaukasische Xenophobie, wie sie etwa in der russischen Mehrheitsbevölkerung der Nachbarregion Stawropol zum Ausdruck kommt, wo sich Kosakenformationen zur Abwehr kaukasischer Migranten bilden.

Auf Gegenliebe stößt Dagestans staatsbürgerliche Anhänglichkeit auch im Innern Russlands nicht gerade. Während 44 Prozent der Russen in jüngeren Umfragen Ukrainer und Weißrussen als »Russen« identifizieren, gewähren nur 7 Prozent diese Zuordnung Nordkaukasiern wie Dagestanern, Tschetschenen und Inguschen.<sup>27</sup> Dabei schickte sich Russland 2014 an, die nordkaukasischen »Mitbürger« wieder als Wehrpflichtige in seine Streitkräfte einzubeziehen, nachdem man sie im vorangegangenen Jahrzehnt von der Musterung weitgehend ausgenommen hatte. Die Rekrutierungsquoten bleiben allerdings relativ niedrig. Dagestan sollte 2000 Mann für das Jahr 2014 stellen, von den übrigen Republiken wurden zwischen 500 und 1500 gefordert. Begründet wird die Rekrutierung damit, dass Russland sich auf Kriegführung an verschiedenen Fronten einstellen müsse, darunter an Schnittstellen zwischen Europa und Asien. Und hier seien Nordkaukasier genau richtig. So hätten sich Tschetschenen bei Konflikten in Südossetien und der Ukraine als loyale Staatsbürger Russlands erwiesen.<sup>28</sup>

Separatismus geht in Dagestan heute weniger von ethno-nationalistischen Gruppierungen aus als von islamistischen Netzwerken, die sich gegen eine Oberherrschaft durch »Ungläubige« richten. Ebenso verlaufen gesellschaftliche Konflikt- und Trennlinien heute eher zwischen konträren Varianten islamischer »Wiedergeburt«, etwa Salafismus und Sufismus, worauf noch ausführlicher einzugehen sein wird. Zudem befördert die ethnische Vielfalt der Republik einen gewissen politischen Pluralismus. Auch dies unterscheidet Dagestan von der Nachbarrepublik Tschetschenien, die unter Führung Kadyrows, des autoritären Herrschers von Moskaus Gnaden, zu einer Art

und Alltagskultur zwischen Russland und Europa, Bielefeld 2004, S. 220–247 (226f).

<sup>27</sup> »Rossijane sčitajut Krym svoim, a nasčet Kavkaza – somevajutsja« [Die Bürger Russlands betrachten die Krim als die ihre – beim Kaukasus zweifeln sie], *Radio City FM*. *Vse novosti Moskvyy*, 21.2.2014.

<sup>28</sup> Zitiert nach Valery Dzutsev, »Russia May Use North Caucasians for Hybrid Warfare in Central Asia and European Conflicts«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (8.10.2014) 178.

<sup>25</sup> Otto Luchterhandt, *Dagestan – Unaufhaltsamer Zerfall einer gewachsenen Kultur interethnischer Balance?*, Hamburg: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, September 1999, S. 13.

<sup>26</sup> Natalja Gontscharowa, »Russische Muslime in Tatarstan und Dagestan: Zwischen Autonomie und Integration«, in: Markus Kaiser (Hg.), *Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion*

Privatstaat verkommen ist. In Dagestan stand die Notwendigkeit ethno-politischer Balance bislang autoritären Herrschaftsverhältnissen entgegen.

Das postsowjetische Dagestan kleidete seine ethnische Vielfalt politisch in eine Oligarchie, in der ein Staatsrat aus Mitgliedern von 14 Hauptnationalitäten als kollektives Republik-Oberhaupt fungierte. Auf das Amt eines Präsidenten wurde vorerst verzichtet. In Plebisziten 1992, 1993 und 1999 sprach sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen Präsidentschaftswahlen aus, weil diese das interethnische Gefüge der Republik aufgewühlt hätten. Der höchste Posten war jener des Staatsratsvorsitzenden, der unter namhaften Repräsentanten der größeren Volksgruppen rotieren sollte. Diese Struktur, mit der sich Dagestan von anderen Teilrepubliken Russlands unterschied, sollte den Zusammenhalt der Republik und deren Integration in die Russische Föderation gewährleisten. Tatsächlich aber war das System so sehr vom Neben-, Mit- und Gegeneinander ethnischer Machtgruppen bestimmt, dass die politische Führung weitgehend vom Ausbalancieren einzelner Clan-Interessen in Anspruch genommen war. Auf dringliche sozialökonomische und sicherheitspolitische Herausforderungen konnte sie nur unzureichend reagieren. Zudem kam das vorgesehene Rotationsprinzip nicht zur Geltung. Der erste Vorsitzende, der Darginer Magomedali Magomedow, hielt sich als Präsidentenersatz 14 Jahre lang an der Spitze des Staatsrats, zum Verdruss der Awarer und anderer Volksgruppen. Im Rahmen des 2004 verabschiedeten Gesetzes über die Ernennung der Republik- und Regionsoberhäupter durch den Präsidenten Russlands griff Moskau in diese politische Struktur ein. Nun wurde auch in Dagestan das Amt eines Präsidenten, später das eines Republikoberhaupt<sup>29</sup> eingeführt. 2006 ernannte Putin den bisherigen Parlamentsvorsitzenden Dagestans, Muchu Alijew, zum ersten Präsidenten der Republik. Der Magomedow-Clan wurde dadurch entschädigt, dass ein Sohn des bisherigen Staatsratsvorsitzenden den Parlamentsvorsitz übernahm.

Dieser institutionelle Wechsel erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Krisen- und Konfliktzone Dagestan den Schauplatz Tschetschenien in den Schatten zu stellen drohte und die Radikalisierung unter islamischen Vorzeichen bereits einen bewaffneten Unter-

grund hervorgebracht hatte. Allerdings wurde die politische Relevanz von Ethnizität durch die transethnische Identifikation mit dem Islam nicht völlig verdrängt. So ist die »lesginische Frage«, die das Verhältnis zwischen Dagestan und Aserbaidschan belastet, auch heute noch bzw. wieder akut. Das Problem verschärfte sich 2010, nachdem zwei lesginische Dörfer an den Nachbarstaat übergeben worden waren. Politischer und wirtschaftlicher Einfluss Aserbaidschans stößt in Dagestan auf Misstrauen. Im Süden der Republik kam es zu Demonstrationen gegen eine angeblich repressive Nationalitäten-Politik des Nachbarlandes, welche die lesginische Volksgruppe dort ebenso benachteiligt wie auch die etwa 50 000 Awarer, die in Aserbaidschan leben. 2014 kam es zu Protesten, weil eine Straße in Derbent, der ältesten und südlichsten Stadt der Russischen Föderation, nach Aserbaidschans Staatsikone Haidar Alijew umbenannt wurde. Ethnisches Konfliktpotential, das in Grenzstreitigkeiten zum Ausdruck kommt, besteht ebenso gegenüber der Nachbarrepublik Tschetschenien; betroffen sind hier die dagestanischen Distrikte Nowolak und Chassawjurt.<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Der Titel »Präsident« wurde inzwischen in allen Teilrepubliken mit Ausnahme Tatarstans gegen »Republikoberhaupt« (glava respubliki) ausgetauscht. Das Argument für diese Umbenennung lautete: Es gibt nur einen Präsidenten in Russland.

<sup>30</sup> Musa Musayev, »Jugoslavskij scenarij dlja Dagestana?« [Ein jugoslawisches Szenario für Dagestan?], *Sevkainform.ru*, 20.2.2015 <<http://sevkainform.ru/articles/society/mezhdmolotom-i-nakovalney-risk-raspada-dagestana-usilivaetsya/>> (Zugriff am 7.4.2015).

## Islamische »Wiedergeburt« und islamistischer Aufstand

Auch in der Religionsgeschichte des russländischen und sowjetischen Vielvölkerreichs nimmt Dagestan eine besondere Stellung ein. Es gehört zu den am frühesten – nämlich schon im 7. Jahrhundert – zum Islam bekehrten Regionen auf dem Territorium der heutigen Russischen Föderation und im gesamten postsowjetischen Raum. Zum Verständnis der Position Dagestans im mehrheitlich muslimischen Nordkaukasus gehört der Rückblick auf den Widerstand, den Mitte des 19. Jahrhunderts die Bergvölker im Osten der Region gegen Russlands koloniale Expansion leisteten. Diese Gegenwehr war religiös begründet und stand unter der Führung islamischer Autoritäten wie Imam Schamil. Dagestan bildete das Zentrum des zum Jihad oder zur *ghazwa*<sup>31</sup> verklärten Widerstands, an dessen Vorbild gegenwärtige islamistische Netzwerke wie das »Kaukasus-Emirat« anknüpfen. In ihrer Terminologie heißt die dagestanische Hauptstadt Schamil-Kala (in Erinnerung an den historischen Imam Schamil, nicht etwa an Schamil Bassajew, den tschetschenischen Terroristenführer).

Noch zu früher sowjetischer Zeit gab es in Dagestan an die 2500 Moscheen und Hunderte religiöser Schulen – wohl die größte Dichte islamischer Institutionen im gesamten Vielvölkerreich. Tausende Mullahs, im Volksmund »Arabisten« genannt, stellten einen breiten theologischen Bildungsstand. Ab Ende der 1920er Jahre wurden islamische Institutionen von den sowjetischen Behörden unterdrückt. Religion entfaltete sich nun weitgehend in einem »nichtoffiziellen« oder »parallelen« Islam. In den 1970er Jahren beschränkte sich der »offizielle Islam« in Dagestan auf zwei Dutzend »arbeitende Moscheen« und etwa 50 Mullahs unter staatlicher Aufsicht. Unterhalb dieser Ebene wurden Religion und Tradition aber durch Alltags- und Familienriten gelebt, ebenso in einem Netz »heiliger Kultstätten«, die Gräber prominenter Sufi-Scheichs umfassten und zum Ziel von Pilgerfahrten wurden. Gleichzeitig entstanden in der spätsowjetischen Periode Strömungen, die sich strikt an der

Scharia orientierten und alles, was nicht durch Koran und Sunna nachweislich überliefert war, als unstatthafte Neuerung (*bid'a*) bekämpften. Traditionelle Praktiken wie die Pilgerfahrten zu Heiligengräbern galten in diesem Milieu als »heidnisch«. Damals deutete sich bereits das Spannungsverhältnis zwischen traditioneller und fundamentalistischer Religiosität an, das im heutigen Dagestan konflikthaft zum Ausbruch kommt. Insgesamt war der Islam zu sowjetischer Zeit keineswegs »ausgelöscht« – dies gilt besonders für Dagestan, wo es durchaus nicht ungewöhnlich war, dass hohe Parteifunktionäre Mitglieder in Sufi-Bruderschaften (*tariqat*) waren. Deshalb ist hier der Begriff »Wiedergeburt« für eine verstärkte Rückkehr zum Islam nach Auflösung der Sowjetunion auch in Anführungszeichen zu setzen.

Gegen Ende des ersten postsowjetischen Jahrzehnts gab es bereits wieder an die 2000 Moscheen und zehn islamische Hochschulen.<sup>32</sup> Über diesen wieder erweiterten »offiziellen Islam« wachte nun das Republik-Muftiat DUMD (russische Abkürzung für Geistliche Verwaltung der Muslime Dagestans). Hervorgegangen ist es 1992 – neben anderen ethnischen und Republik-Muftiaten – aus der in sowjetischer Zeit eingerichteten Geistlichen Verwaltung der Muslime des Nordkaukasus (russische Abkürzung DUMSK). Wie in anderen muslimischen Staaten und Gesellschaften des postsowjetischen Raumes stand aber auch hier die »offizielle Geistlichkeit« im Ruch von Staatsnähe und Regimetreue. Das ihr aus sowjetischer Vergangenheit anhaftende Stigma eines »Islam von Gnaden des KGB« konnte sie nicht abschütteln. DUMD und offizielle Geistlichkeit wurden nun vor allem für die Organisation von Pilgerreisen nach Saudi-Arabien zuständig. Daran beteiligen sich Muslime aus Dagestan in hoher Zahl; 2012 waren es nach offiziellen Angaben 8450 der insgesamt 20 500 Pilger aus Russland, die von Saudi-Arabien akzeptiert werden.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> In russischen Quellen zum Kolonialkrieg in den östlichen Teilen des Nordkaukasus zwischen den 1830er Jahren und 1859 figuriert der islamische Widerstand der Bergvölker unter der Bezeichnung *gazawat* – abgeleitet von arabisch *ghazwa*, von dem auch das italienische Wort »Razzia« stammt.

<sup>32</sup> Luchterhandt, *Dagestan* [wie Fn. 25], S. 28. Heute bestehen in Dagestan 1290 Freitagmoscheen, 827 Nachbarschaftsmoscheen und 79 Religionsschulen (Medressen). Asiat Buttaeva, »Islam in Polyconfessional Daghestan«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 13 (2012) 1, S. 68–78 (70).

<sup>33</sup> »Iz Dagestana otpravilsja pervyj rejs s palomnikami po blagotvoritel'noj linii Sulejmana Kerimova« [Aus Dagestan

Anstelle der Führer ethnischer »Volksfronten«, die zu Beginn der postsowjetischen Periode die politische Landschaft prägten, traten in Dagestan nun zunehmend religiöse Akteure auf Ebene der lokalen Gemeinden (*jama'at*) und republikweit hervor. Mit dieser Entwicklung verschärfte sich ein Gegensatz zwischen traditionellen und neo-fundamentalistischen Varianten islamischer »Wiedergeburt«, der heute auf die vereinfachende Formel »Sufismus versus Salafismus« gebracht wird. Dieser Antagonismus erzeugte Konflikte zwischen den Generationen, innerhalb von Familien, im Gemeindeleben und auf politischer Ebene der Republik.<sup>34</sup> In vielen Gemeinden kam die religiöse Polarisierung dadurch zum Ausdruck, dass zwei Moscheen in Konkurrenz zueinander traten und die eine fortan von »Salafisten«, die andere von traditionell Gläubigen besucht wurde.<sup>35</sup>

Besonders auf junge Leute wirkte der Aufruf attraktiv, sich dem »reinen«, »unverfälschten«, »frühen« Islam zuzuwenden. Dieser Appell richtete sich gegen die Arrangements, mit denen die Elterngeneration Islam und Tradition in der religionsfeindlichen Sowjetunion bewahrt hatte, gegen die Kooperation der offiziellen Geistlichkeit mit staatlichen Machtorganen und gegen die politisch-gesellschaftlichen Verwerfungen der nachsowjetischen Periode, etwa die ausufernde Korruption in der Verwaltung. Dass auch die weltliche Justiz von Käuflichkeit geprägt war, machte den Ruf nach ausschließlicher Geltung der Scharia populär, wiederum vor allem unter jungen Leuten. Eine Untersuchung zur Islamisierungsdynamik bei der jungen Bevölkerung Dagestans stellte fest, dass der Anteil der »Gläubigen« in dieser Gruppe bis 2010 auf 95 Prozent angestiegen war. Über 77 Prozent der jungen Leute charakterisiert die Studie als »Strenggläubige«, die den Islam wie zu Zeiten des Propheten praktiziert sehen wollen (um das Jahr 2000 waren es knapp 54 Prozent). Dagestans Jugend bietet somit ein Rekrutierungsfeld für einen Prozess, der als »Schariatisierung« bezeichnet wird.<sup>36</sup> Scharia-Gerichtsbarkeit bildet am

machte sich die erste Pilgerfahrt unter der wohlthätigen Förderung von Sulejman Kerimov auf], *Kavkazskij Uzel*, 1.10.2013, <[www.kavkaz-uzel.ru/articles/230912](http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/230912)> (Zugriff am 7.4.2015).

**34** Zum Verhältnis zwischen religiöser Identität und Konfliktbeziehungen in Dagestan siehe Manarsha Isaeva, »Religious Identity and Conflict in Dagestan«, in: *Russian Analytical Digest*, (25.7.2014) 153, S. 5–8.

**35** Vachtang Kumaev, »Problema dvuch mečetej i odnoj religii« [Das Problem von zwei Moscheen und einer Religion], in: *Dagestanskaja Pravda*, 28.6.2014.

**36** Zaid Abdullagatov, »O vlijanii religioznogo faktora na ekstremistskoe povedenie dagestanskoj molodeži« [Der Ein-

Südrand der Russischen Föderation eine Art »alternativer Justiz«. Sie steht zwar in Widerspruch zur Gesetzgebung Russlands, wird aber, mit Einverständnis der involvierten Parteien, für Rechtsprechung auf lokaler Ebene eingesetzt.<sup>37</sup> Wie kaum eine andere Kraft mobilisiert der Ruf nach »islamischer Gerechtigkeit« die dagestanische Jugend. Die allgegenwärtige islamische Symbolik in den Straßen der Republik legt davon sichtbar Zeugnis ab. Während sich in Dagestan dieser Prozess gleichsam »von unten«, aus der Gesellschaft heraus vollzieht, erfolgt in der Nachbarrepublik Tschetschenien unter Kadyrows Herrschaft eine Islamisierung »von oben«.<sup>38</sup>

In Dagestan leitete 2012 die politische Führung einen Dialog zwischen den rivalisierenden islamischen Fraktionen ein. Vertreter beider Seiten wurden im April des Jahres zu einer gemeinsamen Sitzung in der Hauptmoschee von Machatschkala zusammengebracht. Die DUMD vertrat dabei die Sufismus- oder Tariqat-Anhänger, die Gelehrten-Vereinigung *Ahl al-Sunna* wiederum die Salafisten.<sup>39</sup> Im Mai ging daraus

fluss des religiösen Faktors auf extremistisches Verhalten der dagestanischen Jugend], <[www.isras.ru/files/File/Socis/2012\\_1/Abdulagatov.pdf](http://www.isras.ru/files/File/Socis/2012_1/Abdulagatov.pdf)> (Zugriff am 7.4.2015); Wojciech Górecki, *No Change in the Russian Caucasus. The Winter Olympics amid a Local War*, Warschau: Ośrodek Studiów Wschodnich (OSW – Centre for Eastern Studies), Januar 2014 (OSW Studies Nr. 47), S. 54.

**37** Aleksej Malashenko, »Dagestan on the Eve of the Olympics«, 16.1.2014, <<http://carnegie.ru/eurasiaoutlook/?fa=54210>> (Zugriff am 7.4.2015). Zu Anwendungsbereichen und Anhängern der Scharia in Dagestan siehe auch: International Crisis Group (ICG), *The North Caucasus: The Challenges of Integration (III)*, S. 47ff, <[www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/caucasus/226-the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-iii-governance-elections-rule-of-law.pdf](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/caucasus/226-the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-iii-governance-elections-rule-of-law.pdf)> (Zugriff am 7.4.2015).

**38** »Wir müssen zu unseren Traditionen zurückkehren«, lautet die Botschaft, die Tschetscheniens autokratischer Herrscher an seine Untertanen richtet. Diesen angeblichen Traditionen werden allerdings Verhaltensnormen zugeordnet, die eher zum Repertoire des von Kadyrow bekämpften islamistischen Untergrunds zählen als zur genuine Kultur des tschetschenischen Volkes. Dazu gehören Bekleidungs Vorschriften für Frauen, die Behauptung eines Herrschaftsrechts des Mannes über die Frau und der Rückgriff auf Scharia-Normen. Auf diese Weise hat Kadyrow unter stetigen Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Kreml und Putin einen »islamischen Staat« innerhalb der Russischen Föderation etabliert. Sein Ziel ist dabei, das eigene Profil als politischer und religiöser Führer Tschetscheniens zu schärfen und den Gegnern im bewaffneten Untergrund den Wind aus den Segeln zu nehmen.

**39** »Islamskoe primirenje i buduščje Dagestana« [»Islamische Befriedung« und die Zukunft Dagestans], in: *Moj Dagestan*, 6.6.2012, <<http://moidagestan.ru/news/analytics/18745>> (Zugriff am 7.4.2015).



eine gemeinsame Resolution hervor, die dazu aufrief, von Gewalt abzusehen und den jeweiligen Gegner nicht als »ungläubig« zu diffamieren, also nicht leichtfertig Gebrauch von *takfir* (Bezeichnung des Unglaubens) zu machen. Zusammen mit den Behörden in Dagestan organisierte der Kreml ebenfalls 2012 zwei internationale theologische Konferenzen, zu denen Islamgelehrte aus dem Mittleren Osten eingeladen wurden. Bei der ersten Tagung am 25./26. Mai trafen in Moskau mehr als 200 einflussreiche Islamgelehrte und Experten aus zwanzig Ländern mit der offiziellen Geistlichkeit aus Russlands Islamgemeinden zusammen. Die folgende Konferenz fand im November 2012 in Machatschkala statt und hatte den Titel »Dagestan ist ein Territorium des Friedens«. An ihr nahm auch die Internationale Union der Islamgelehrten unter ihrem Generalsekretär Ali Al-Muhiddin Karadagi teil. Eine Resolution der Konferenz, die sich gegen Gewalt aussprach, wurde als religiös und rechtlich bindende Fatwa definiert, wovon sich der bewaffnete islamistische Untergrund im Nordkaukasus allerdings unbeeindruckt zeigte. Wiederholt kam es während des Dialogprozesses zu Anschlägen auf Geistliche, insbesondere auf prominente Sufi-Scheichs.

## Die Entstehung des bewaffneten Untergrunds

Eine Studie zum Islam in Russland unterscheidet drei Perioden von »Re-Islamisierung« in Dagestan, von denen zwei mit Gewalt einhergingen.<sup>40</sup> Die erste Phase bildet demnach der Übergang von der sowjetischen zur nachsowjetischen Zeit (1986–1991); damals entwickelte sich – wie bereits dargestellt – ein Spannungsverhältnis zwischen traditionellen und fundamentalistischen Formen islamischer »Wiedergeburt«. Es folgte das erste postsowjetische Jahrzehnt (1991–1999). Dieses brachte einen verstärkten salafistischen, im GUS-weiten Sprachgebrauch »wahhabitischen« Einfluss des islamischen Auslands sowie »spillover«-Effekte aus der benachbarten Konfliktzone Tschetschenien.

Zu Beginn der 1990er Jahre waren religiöse Führer aus Dagestan exponiert daran beteiligt, in Russland bzw. der noch bestehenden Sowjetunion islamische Parteien zu gründen. Eine gemäßigt islamistische Richtung repräsentierte die überregionale Islamische Partei der Wiedergeburt, an deren Spitze der Arzt Achmedkadi Achtajew stand, ein Aware aus der Hei-

matregion des historischen Imam Schamil. Die Union der Muslime Russlands wurde von dem Dagestaner Nadir Chatschilajew geführt. Damals begann ein Prozess der »Jihadisierung« des kaukasischen Islam, der im Osten des Nordkaukasus vor allem von Tschetschenien ausging und zugleich besonders Dagestan betraf. Gegen Ende der 1990er Jahre gewannen die »Wahhabitens« in Dagestan an Boden. Sie gründeten eigene »Gemeinden« (*jama'at*), übernahmen die Kontrolle lokaler Moscheen und gingen gegen »heidnische« Kultveranstaltungen sowie Gedenkstätten bekannter Sufi-Scheichs vor. Der politische Islam unterlag zunehmend dem Einfluss aus Tschetschenien und dem islamischen Ausland, das den bewaffneten Aufstand dort unterstützte.<sup>41</sup>

Prominente tschetschenische und ausländische Feldkommandeure im Untergrund der tschetschenischen Republik Itschkerien – wie Schamil Bassajew und der Araber Ibn al-Chattab – förderten 1998/1999 das Ausgreifen des Jihad auf Dagestan. Sie zielten auf einen islamischen Staat, der die Republikgrenzen im Nordkaukasus überschreiten würde. Der nun eskalierenden Gewalt fiel auch der Vorsitzende der Geistlichen Republikverwaltung Dagestans zum Opfer, der ein dezidiertes Anhänger des traditionellen Islam und des Sufismus war. Im August 1999 erklärten sich drei überwiegend darginische Dörfer in West- und Zentraldagestan zu einem separaten »islamischen Territorium«, auf dem das Rechtssystem der Scharia gelte. Zur gleichen Zeit überschritten einige Tausend tschetschenische Kämpfer unter Führung Bassajews die Grenze nach Dagestan und verbrüderten sich mit ihren Glaubensgenossen in den Scharia-Enklaven. Die Mehrheit der dagestanischen Bevölkerung stellte sich jedoch gegen diese islamistische Offensive und bildete Volksmilizen, um die »Aggression aus der Nachbarrepublik« zu bekämpfen. Von außen bedroht sah sich die polyethnische Bevölkerung Dagestans in erster Linie durch Tschetschenien.

Die Entwicklung nach 1999, die dritte Periode, war geprägt von wachsender Konfrontation zwischen staatlichen Organen und islamistischer Opposition sowie zwischen den Anhängern traditioneller und fundamentalistisch-puristischer Strömungen im Islam. Dabei gingen die staatlichen Organe und die offizielle Geistlichkeit gemeinsam gegen die islamistische Her-

<sup>41</sup> Siehe hierzu besonders Jean-François Ratelle, *Radical Islam and the Chechen War Spillover. A Political Ethnographic Reassessment of the Upsurge of Violence in the North Caucasus since 2009*, Ottawa: University of Ottawa, Faculty of Social Sciences, 2013.

<sup>40</sup> Hahn, *Russia's Islamic Threat* [wie Fn. 24], S. 104–111.

ausforderung vor. Dagestan verabschiedete im September 1999 ein Gesetz gegen den »Wahhabismus«, mit dem das Republik-Muftiat DUMD zum obersten Wächter über religiöse Aktivitäten aufgewertet wurde, ohne damit jedoch in den Augen der Bevölkerung einen Zuwachs an religiöser Autorität zu gewinnen. Mit der Kampfansage gegen den »Wahhabismus«, die einige DUMD-Vertreter ihrerseits als »Jihad« präsentierten, radikalisierte sich auch die offizielle Geistlichkeit. Unter Berufung auf Sufismus und Traditionalismus behandelte sie die »Wahhabiten« als Häretiker, die bekämpft werden müssten. Der Republik-Mufti und DUMD-Vorsitzende meinte dazu: Ein Gläubiger, der einen »Wahhabiten« tötet, komme ebenso ins Paradies wie alle Gläubigen, die von »Wahhabiten« getötet worden seien.<sup>42</sup> In Russland und den muslimischen Regionen des postsowjetischen Raumes entwickelte sich »Wahhabismus« zu einem Schlagwort, mit dem observante Muslime, politisch aktive, aber nicht gewaltorientierte Islamisten und Terroristen in einen Topf geworfen wurden. 2002 brachte dies ein Repräsentant einer islamischen Gemeinde in Südrussland – der bestätigte, dass es in seiner Gemeinde durchaus islamistische Unruhestifter gebe – mit folgenden Worten zum Ausdruck: »Wir haben heute aber noch ein anderes Problem. Wenn jemand das rituelle Gebet korrekt vollzieht, nicht trinkt, nicht raucht, nicht flucht, dann hält man ihn für einen Wahhabiten. Heute hält sich jeder Milizionär für einen Experten für Wahhabismus.«<sup>43</sup>

In Dagestan trieb diese Entwicklung religiös aktive Gruppen und einen Teil der jungen Bevölkerung zunehmend in den Untergrund. Das Rekrutierungsfeld für Jihadisten wurde damit eher erweitert als eingedämmt. Einen neuen Bezugspunkt gewann es, als im Oktober 2007 der letzte tschetschenische Untergrundpräsident Doku Umarow das »Kaukasus-Emirat« ausrief. Im weiteren Verlauf richteten sich Terroranschläge nicht nur gegen Vertreter der staatlichen Sicherheits- und Verwaltungsorgane, sondern zunehmend auch gegen hohe Repräsentanten der offiziellen Geistlichkeit. Insgesamt wurden im Nordkaukasus zwischen 2009 und August 2014 vierzig hohe Geistliche getötet, zuletzt der Mufti der Republik Nordossetien.

42 Zitiert nach Moshe Gammer, »Nationalisme(s), Islam(s) et Politique au Daghestan«, in: Bayram Balci / Raoul Motika (Hg.), *Religion et politique dans le Caucase post-sovietique*, Paris 2007, S. 149–161 (157).

43 »Každyj milicioner – specialist po vachchabizmu« [Jeder Milizionär – ein Spezialist für Wahhabismus], *Gazeta Juga*, Naltschik, 30.5.2002.

In Dagestan trafen solche Attentate prominente Sufis, die als ideologische Gegner der »Wahhabiten« oder Salafisten hervortraten. Umarow selbst entwickelte sich von einem Mitglied des Kunta-Hadschi-Ordens zum radikalen Salafisten. Er gilt als eine der kontroversesten Figuren des islamischen Widerstands im Nordkaukasus. Seine sechsjährige »Regierungszeit« als Emir war geprägt von widersprüchlichen Entscheidungen und einer *fitna*, einem Streit innerhalb der Emiratsführung 2010/2011.<sup>44</sup> Unter den regionalen Sektoren des islamistischen Aufstands im Nordkaukasus hob sich der dagestanische zunehmend hervor, wobei er seinerseits in Dutzende lokale *jama'at* unterteilt war. Anders als die tschetschenischen Jihadisten verbergen sich die dagestanischen »Waldbrüder« nicht in unzugänglichen Gebirgs- und Waldregionen, sondern leben in dörflichen und städtischen Siedlungen.<sup>45</sup>

### Dagestan im »Kaukasus-Emirat«

Bei seiner Gründung 2007 unterteilte das »Kaukasus-Emirat« seinen Einflussbereich in sechs Provinzen (»Vilayate«). Diese umfassten den Nordkaukasus, hielten sich aber nicht an die administrative Aufteilung der Region, sondern überschritten die offiziellen Verwaltungsgrenzen und präsentierten sich mit teilweise neuen Gebietsbezeichnungen.<sup>46</sup> Dabei übt das Emirat allenfalls ansatzweise eine Territorialherrschaft mit alternativen Verwaltungsstrukturen und eigenen Dienstleistungen für die Bevölkerung aus. Sein Zugriff auf die lokale Ebene bezieht sich in erster Linie auf die Koordinierung der kämpferischen Untergrundaktivitäten – und auch das nur zum Teil, denn die lokalen

44 Die *fitna* im »Kaukasus-Emirat« dauerte von August 2010 bis Juli 2011. Ausgelöst wurde der Streit durch eine Rücktrittsankündigung Umarows, die dann wieder zurückgenommen wurde. Angeblich wies die Machtübergabe mit der Scharia unvereinbare Verfahrensfehler auf. Hinter dem Streit wurden teils ideologische und strategische Differenzen zwischen Nationalisten und Islamisten im bewaffneten Untergrund, teils Zweifel am Führungsstil Umarows vermutet. Siehe Uwe Halbach/Michail Logvinov, *Das Kaukasus-Emirat und der internationale Jihadismus*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2012 (SWP-Aktuell 41/2012).

45 Mairbek Vatchagaev, »The Epicenter of Insurgency – A Net Assessment of the Situation in the Northeast Caucasus since the Start of 2014«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (15.10.2014) 182.

46 Dagestan, Nochtschichjo (Tschetschenien), Galgaiche, Iriston (Inguschetien), die Vereinigten Vilayate Kabarda, Balkarien und Karatschai sowie die Nogai-Steppe.

Kampfgemeinschaften agieren relativ autonom. Später projizierte Umarow sein »Emirat« noch ins Innere der Russischen Föderation, so in die tatarischen Gebiete an der Wolga. Nach und nach wurde das Vilayat Dagestan noch vor Tschetschenien (Vilayat Nochtschichjo) zum Kernstück und aktivsten Teil des Emirats. Über die Handlungsfähigkeit dieses virtuellen Gottesstaats nach dem Tode Umarows 2013 gehen die Einschätzungen auseinander. Einige Kommentare betrachten das *Imarat Kavkaz* als ein Auslaufmodell, dessen Struktur nur noch in Dagestan verortet sei. Andere meinen, es sei voreilig, von einer Schwächung des Emirats und der islamistischen Untergrundbewegung im Nordkaukasus zu sprechen.<sup>47</sup>

Der neue Emir Ali Abu Muhammad, mit bürgerlichem Namen Aliaskhab Kebekov (geb. 1976), kam aus dem überwiegend awarischen Dorf Teletl in einem nach Imam Schamil benannten Distrikt im zentralen Teil Dagestans. Innerhalb des »Kaukasus-Emirats« war er 2010 zum Qadi, zum obersten Richter, aufgestiegen. Als solcher setzte er sich im Juli 2011 dafür ein, die bereits erwähnte *fitna* innerhalb des Emirats zu beenden. Er soll über Grundkenntnisse der arabischen Sprache und der islamischen Theologie verfügen, was ihn von seinem theologisch eher ungebildeten Vorgänger unterschied. Dafür besaß er weniger militärische Erfahrung als Umarow und dessen tschetschenische Mitstreiter.<sup>48</sup> Nach den – stets überprüfungsbedürftigen – Angaben der russischen Sicherheitskräfte gab er den Befehl für den tödlichen Anschlag auf Said-Afandi Tschirkejski, Dagestans prominentesten Sufi-Scheich, durch eine Selbstmordattentäterin im Jahr 2012.

Abu Muhammad war der erste nicht-tschetschenische Führer an der Spitze des islamistischen Untergrunds im Nordkaukasus. Er hatte kaum Beziehungen zur alten Garde des bewaffneten Aufstands, die mit den beiden Tschetschenien-Kriegen zu Bekanntheit gelangte. Angeblich haben ihn die vier Emire der Vilayate Dagestan, Inguschetien, Tschetschenien und Kabardino-Balkarien-Karatschai unterstützt – gegen die Kandidatur Aslambek Vadalovs, eines promin-

ten tschetschenischen Feldkommandeurs.<sup>49</sup> Als Abu Muhammad sein Amt antrat, äußerte er sich widersprüchlich zu Terroraktionen gegen zivile Objekte und zu kaukasischen Kämpfern an der auswärtigen Jihad-Front in Syrien. Vom »Kaukasus-Emirat« erwartete man seit 2012 eine Stellungnahme zu den Aktivitäten nordkaukasischer, überwiegend tschetschenischer Jihadisten beim islamistischen Vormarsch in Syrien und im Irak. Bekannte tschetschenische Feldkommandeure führten dort Brigaden in unterschiedlichen, sich teilweise gegenseitig bekämpfenden Formationen, wie ISIS, *Jaish al Muhajirin wal-Ansar* oder *Jabhat an-Nusra*.<sup>50</sup> Dabei traten relativ autonome nordkaukasisch-tschetschenische Gruppen in Erscheinung.

Gespannte Beziehungen hatte Abu Muhammad vor allem zu Umar ash-Shishani, dem »Star« unter den kaukasischen Jihadisten an der syrischen Front. Es handelt sich dabei um einen Georgier aus dem Pankisi-Tal, das von der tschetschenisch-stämmigen Volksgruppe der Kisti bewohnt ist. In einem seiner ersten Video-Auftritte als Emir des Kaukasus untersagte ihm Abu Muhammad, sich zum Thema Jihad zu äußern, und verwies dabei auf seine mangelnde theologische Bildung. Dabei stellte sich der neue Emir auf die Seite des Qaida-Führers Aiman al-Zawahiri und des Qaidanahen Jihad-Netzwerks *Jabhat an-Nusra* in Syrien; zugleich kritisierte er Umar ash-Shishanis Verbindung zum »Islamischen Staat«. Er bezeichnete al-Zawahiri als »unseren Scheich« und bekräftigte die Führungsposition al-Qaidas im globalen Jihad. Bei einem anderen Auftritt forderte er seine nordkaukasischen Mitkämpfer auf, sich von konkurrierenden Gruppen an auswärtigen Jihad-Fronten fernzuhalten und stattdessen ihren Führern ihm die Treue zu schwören. Damit zog er sich die Feindschaft der mit ISIS bzw. IS verbundenen kaukasischen Jihadisten zu, die ihn in einem Video verspotteten. Unterstützt wurde er dagegen von Usman Gimrinski, dem Qadi des »Kaukasus-Emirats« und Emir des Gebirgssektors des Vilayat Dagestan. Auch Gimrinski attackierte die nordkaukasischen Kämpfer im IS und trat dem Anspruch Abu Bakr al-Baghdadis auf den Kalifen-Titel deutlich entgegen.

Diese Auseinandersetzung deutet auf Risse zwischen Nordkaukasiern, die in Syrien kämpfen, und den Insurgenten im Nordkaukasus mit ihrer Basis in

<sup>47</sup> Magomed Tuaev, »Naznačenie predstavitelja Dagestana liderom ›Imarata Kavkaz‹ govorit o transformacii podpol'ja, sčitajut eksperty« [Die Ernennung eines Repräsentanten Dagestans zum Führer des »Kaukasus-Emirats« spricht für eine Transformation des Untergrunds, meinen Experten], *Kavkazskij Uzel*, 21.4.2014, <<http://dagestan.kavkaz-uzel.ru/articles/239778>> (Zugriff am 7.4.2015).

<sup>48</sup> Emil Souleimanov, »Prospects for the Caucasus Emirate under Kebekov's Leadership«, *CACI Analyst*, 5.8.2014.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Steinberg, *Eine tschetschenische al-Qaida?* [wie Fn. 17]; Murad Bata al Shishani, »Islamist North Caucasian Rebels Training a New Generation of Fighters in Syria«, in: *Terrorism Monitor*, 12 (Februar 2014) 3.

Dagestan.<sup>51</sup> Aber auch islamistische Akteure im Nordkaukasus selbst traten bereits in Widerspruch zum neuen Führer des Emirats, was ihre Loyalität gegenüber dem Jihad in Syrien betrifft. So bekannten sich im Dezember 2014 zwei wichtige Feldkommandeure des dagestanischen bewaffneten Untergrunds – der Führer der *Scharia Jama'a*, Rustam Aseldarow, und der ehemalige Emir von Schamil-Kala (Machatschkala), Arsanali Kambulatow – zum »Islamischen Staat«. In den folgenden Wochen traten weitere Emire aus Dagestan und anderen Teilen des Nordkaukasus auf die Seite von IS-Führer al-Baghdadi. Angesichts der internen Streitigkeiten über das Verhältnis zum IS sahen einige Experten zu Beginn des Jahres 2015 das Vilayat Dagestan – den aktivsten Teil des »Kaukasus-Emirats« – bereits »am Rande des Zusammenbruchs«.<sup>52</sup>

Ein weiterer Streitpunkt kam hinzu. In einem einstündigen Video-Auftritt, der im Mai 2014 ins Netz gestellt wurde, setzte sich Abu Muhammad mit Selbstmordanschlägen gegen zivile Objekte auseinander. Solche Märtyrer-Aktionen, so der Emir, stellten zwar einen »Glaubensbeweis« dar, sollten aber gleichwohl taktischen Überlegungen folgen und nach Möglichkeit Zivilisten als Anschlagopfer vermeiden, verbiete doch der Islam die absichtliche Tötung von Frauen, Kindern und Alten. Kategorisch wandte sich Abu Muhammad in dieser Stellungnahme gegen die Beteiligung von Frauen an Selbstmordanschlägen. Seit dem Jahr 2000 traten weibliche Attentäter, sogenannte »schwarze Witwen«, in Erscheinung – im tschetschenischen und nordkaukasischen bewaffneten Untergrund sowie bei Terroranschlägen in der Region und im Innern Russlands. Nun untersagte der Emir seinen Feldkommandeuren, Frauen für Anschläge zu benutzen.<sup>53</sup> Er selbst habe in der Vergangenheit Frauen mehrfach die Teilnahme an Selbstmordattentaten verboten. Diese Aussage steht allerdings in Widerspruch zu Angaben russischer Sicherheitskräfte, wonach sich Abu Muhammad für den Mordanschlag auf Scheich Tschirkejski 2012 einer »Schahida« (Märtyrerin) aus Dagestan, der zum Islam konvertierten Russin Amina Saprikina, bedient haben soll.

<sup>51</sup> Mairbek Vatchagaev, »Statement by New Leader of Caucasus Emirate Creates Rift among Chechen Groups Operating in Syria«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (3.7.2014) 21.

<sup>52</sup> Ders., »The Islamic State Is Set to Replace the Caucasus Emirate in the North Caucasus«, *Eurasia Daily Monitor*, 12 (8.1.2015) 4.

<sup>53</sup> »New North Caucasus Insurgency Leader Seeks to Avoid Suicide Bombings«, *Radio Free Europe/Radio Liberty Caucasus Report*, 3.7.2014.

Die Absage an Terroranschläge auf zivile Ziele führte bereits zu Spekulationen, ob der gewaltfreie Verlauf der Olympischen Spiele von Sotschi im Februar 2014 einem Führungs- und Strategiewechsel im »Kaukasus-Emirat« geschuldet war.<sup>54</sup> Doch schon unter Abu Muhammads Vorgänger Umarow gab es widersprüchliche Äußerungen darüber, ob der Jihad Zivilisten als Opfer in Kauf nehmen dürfe. Auf spektakuläre Terroranschläge gegen »weiche Ziele« und Zivilisten im Innern Russlands folgte zunächst ein Moratorium für solche Gewalttaten, das dann aber im Vorfeld der Olympiade wieder aufgehoben wurde – zugunsten neuer Anschlagsdrohungen gegen Zivilisten. Auch Abu Muhammad rief als Emir generell dazu auf, einen verschärften Kampf gegen »ungläubige« Feinde und die russische Oberherrschaft über Dagestan und den Nordkaukasus zu führen.

Das Verhältnis zum Sufismus bleibt in der Führung des »Kaukasus-Emirats« ebenfalls widersprüchlich. Laut Abu Muhammad sind dessen Anhänger nicht grundsätzlich Feinde der Insurgenten im Nordkaukasus. Sie seien durch die offizielle Geistlichkeit (in die Tariqat-Repräsentanten an hoher Stelle einbezogen wurden) in einen Krieg gegen Salafisten getrieben worden. Allerdings richte sich der Kampf des Emirats weiterhin gegen Elemente, die mit den Behörden kooperierten. Zwei Jahre zuvor hatte auch Doku Umarow die Sufis als Brüder bezeichnet und sie aufgefordert, den islamistischen Aufstand zu unterstützen.<sup>55</sup> Beide Strömungen – Salafismus und Sufismus – verstehen die Scharia als ideale Form gesellschaftlicher Organisation. Die Unterschiede in der Auffassung, was religiös legitimierbar ist, sind gleichwohl tiefgreifend und betreffen das Alltagsleben der Dagestaner. Während sich der traditionelle Islam mit sowjetischer und weltlicher Kultur über Jahrzehnte hinweg als vereinbar erwiesen hat, wehrt sich der radikale Islam gegen die Einbeziehung weltlicher Bräuche in das gesellschaftliche Leben. Eines von zahlreichen Konfliktthemen ist die Silvesterfeier, die viele dagestanische Familien als traditionelles Fest sehen, während die Salafisten sie als heidnisch tabuisieren.

Mit dem Tod Abu Muhammads am 19. April 2015 stellt sich die Frage, ob dagestanische Jihadisten weiterhin die Führung des Emirats besetzen und inwieweit dieser virtuelle Gottesstaat eine eigenständige

<sup>54</sup> Vatchagaev, »The Epicenter of Insurgency« [wie Fn. 45].

<sup>55</sup> Ders., »Abu Muhammad Named New Dagestani Amir of Caucasus Emirate«, *Jamestown Militant Leadership Monitor*, 5 (30.9.2014) 9.

Kraft bleibt. Wie auch immer die Vitalität und Kapazität des »Kaukasus-Emirats« unter einer neuen Führung einzuschätzen ist, wird doch eines deutlich: Ein von staatlichen Behörden kontrollierter oder gelenkter Islam kann nicht die Alternative zur religiösen Untergrundorganisation darstellen. Enver Kisrijew, ein in Moskau ansässiger Regionalexperte dagestanischer Abstammung, stellte dies im Oktober 2014 noch einmal deutlich heraus: «Die Leute werden in oppositionelle Formen des Islam hineingedrängt, weil sie eine Politik, die von der Regierung gesponserte religiöse Organisationen etabliert, nicht akzeptieren.»<sup>56</sup>

<sup>56</sup> Enver Kisrijew, »Konfessional'nye problemy javljajutsja sledstviem vmešatel'stva gosudarstva v religiju« [Konfessionelle Probleme entstehen durch die Einmischung des Staates in die Religion], *dagestanpost.ru*, 11.10.2014.

## Sozialökonomische Probleme und Konfliktfelder

Selbst in offiziellen statistischen Angaben zur Lage in den Regionen der Russischen Föderation tritt der Nordkaukasus als sozialökonomische Problemzone hervor. Die Arbeitslosigkeit dort ist höher als in den übrigen Regionen Russlands, sie trifft dabei besonders die jungen Bevölkerungsgruppen. Der Durchschnittslohn ist geringer, die Arbeitsmigration ins Innere Russlands wiederum stärker als bei anderen Randregionen der Föderation.<sup>57</sup>

In sowjetischer Zeit gehörte Dagestan eher zu den wirtschaftlich dynamischen Regionen. Es beherbergte eine Marinebasis, verschiedene strategische Institute, wichtige Rüstungsfabriken sowie technische und wissenschaftliche Bildungseinrichtungen.<sup>58</sup> Nach Ende der Sowjetunion jedoch sank Dagestans Wirtschaftsleistung, und es entstand ein erheblicher Arbeitsplatzmangel. Betroffen war schon damals vor allem die junge Generation – in einer Republik, in der die unter 30-Jährigen mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. 2009 wies der damalige Präsident Muchu Alijew darauf hin, dass die Bevölkerung Dagestans jährlich um bis zu 30 000 Menschen wachse, während im gleichen Zeitraum gerade einmal 9000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden.<sup>59</sup> Gegen Ende des ersten postsowjetischen Jahrzehnts lebte eine Mehrheit der Bevölkerung unterhalb des Existenzminimums. Mehr als drei Viertel der Finanzmittel der Republik stammten aus föderalen Transferleistungen, die von einem Personenkreis kontrolliert wurden, der aus rund 6500 Mitgliedern verschiedener Clans bestand.<sup>60</sup> Die Korruption liegt in Dagestan noch weit über dem hohen Durchschnittswert Russlands. Alijew meinte 2005, dass in der Republik »kein einziger Amts-

posten ohne Bestechungsgeld zu erlangen ist.«<sup>61</sup> Selbst ein unterer Rang im Polizeidienst kostete damals bis zu 5000 US-Dollar, ein Ministerposten bis zu 500 000 US-Dollar.<sup>62</sup> Feldforschung in Dagestan hat gezeigt, dass besonders unter jungen Menschen die Ansicht verbreitet ist, Korruption blockiere die soziale Mobilität und mache die Chancen zunichte, einen der eigenen Qualifikation gemäßen Job zu finden.<sup>63</sup>

Zudem wird die Wirtschaftsentwicklung von den für Dagestan besonders charakteristischen Clan-Beziehungen paralyisiert. Zwei Unternehmer dagestanischer Abstammung – Suleiman Kerimow und Ziyudin Magomedow – stehen auf der Forbes-Liste der reichsten Bürger Russlands. Obwohl sie ihr Vermögen nicht in der Heimat gemacht haben, konkurrieren sie um große Investitionsprojekte in Dagestan und unterhalten enge Beziehungen zu den jeweils Regierenden in Machatschkala. Das hat zur Folge, dass Wirtschaftskonzessionen bei einem Machtwechsel neu verteilt werden.<sup>64</sup>

Dagestan verfügt über energierelevante Ressourcen. Würden sie ausgeschöpft, könnte sich die Republik vom Staatshaushalt der Russischen Föderation emanzipieren, aus dem sie, wie erwähnt, bislang den größten Teil ihrer Finanzmittel bezieht. Der gegenwärtige Republikführer Ramsan Abdulatipow beschwerte sich 2014 darüber, dass Dagestan 85 Prozent seines Bedarfs an Erdgas kaufen müsse, obwohl es über natürliche Gasvorräte von 800 Milliarden Kubikmetern verfüge. Offensichtlich sei die russische Regierung nicht daran interessiert, die Erschließung natürlicher Energieressourcen in der Kaukasusrepublik in Gang zu bringen und damit die finanzielle Abhängigkeit vom Zentrum zu reduzieren.<sup>65</sup>

<sup>57</sup> 2013 betrug der monatliche Durchschnittslohn in Dagestan 16 700 Rubel (ca. 510 US-Dollar); er lag damit deutlich unter dem Durchschnittswert der Russischen Föderation von 23 000 Rubel (710 US-Dollar). Die Arbeitslosenrate in Dagestan fiel zwar 2012 auf offiziell 12 Prozent, bewegte sich aber noch immer weit über dem Durchschnitt der Föderation. Górecki, *No Change in the Russian Caucasus* [wie Fn. 36], S. 31.

<sup>58</sup> Arbakhan Magomedov, »Dagestan and the Russian State: ›Stable Instability‹ Forever?«, *Russian Analytical Digest*, 70 (2009), S. 9–13 (10).

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Shireen Hunter, *Islam in Russia. The Politics of Identity and Security*, Armonk 2004, S. 44.

<sup>61</sup> Zitiert nach Tony Wood, *Chechnya. The Case of Independence*, London 2007, S. 140.

<sup>62</sup> Ebd., S. 149.

<sup>63</sup> Ratelle, *Radical Islam and the Chechen War Spillover* [wie Fn. 41], S. 111.

<sup>64</sup> Andrej Melamedov, »Mešanina klanovych interesov i družeskich svjazej« [Der Mix aus Clan-Interessen und Freundschaftsbanden], *gazeta.ru*, 13.1.2014, <[www.gazeta.ru/politics/2014/01/04\\_a\\_5829881.shtml](http://www.gazeta.ru/politics/2014/01/04_a_5829881.shtml)> (Zugriff am 7.4.2015).

<sup>65</sup> Valery Dzutsev, »Russia Stalls Expansion of Oil and Gas Production in Dagestan«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (1.10.2014) 173.

Auf dem industriellen Sektor zeigte Dagestan in den letzten zwei Jahren allerdings beeindruckende Wachstumsraten – 137,5 Prozent im Jahr 2013 und fast 140 Prozent in den ersten zehn Monaten 2014. Das sind gegenwärtig Rekordraten unter den Föderationssubjekten Russlands. Sie sind aber weniger einem indigenen Wirtschaftswachstum geschuldet als massiven Investitionen des Zentrums. Dabei fließt Geld vor allem in Rüstungsbetriebe, die zu sowjetischer Zeit aus dem industriellen Spektrum der Republik herausragten. Wegen der Ukraine-Krise werden diese Investitionen noch verstärkt. Bei anderen Sektoren, etwa dem Maschinenbau, sind die Werte dagegen rückläufig. Die Republikführung greift auf die bloßen industriellen Wachstumsdaten zurück, um Dagestans Wirtschaftsentwicklung in ein positives Licht zu rücken, vermittelt damit aber ein verzerrtes Bild der Realität.<sup>66</sup>

Meinungsumfragen zeigen, dass die Bevölkerung ökonomische Probleme für drängender hält als etwa die prekäre Sicherheitslage. Bei einer Erhebung unter 475 Bürgern Dagestans im Frühjahr 2013 nannten 61 Prozent soziale und wirtschaftliche Missstände, besonders die hohe Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen, als Hauptproblem ihrer Republik. Erst danach kommt mit 50 Prozent die Sicherheitslage (Terrorismus und Kriminalität). Und weit am Ende rangieren die interethnischen Beziehungen, die in auswärtigen Analysen über Dagestan und den übrigen Nordkaukasus gerne hervorgehoben werden.<sup>67</sup> Die Eskalation von Gewalt in ihrer Republik bringen die Befragten primär mit Problemen wie Arbeitslosigkeit und Korruption in Verbindung (71 Prozent), nur in zweiter Linie mit dem Einfluss externer Kräfte (17 Prozent), auf den postsowjetische Machteliten gerne hinweisen, wenn sie Instabilität in ihrem Herrschaftsbereich erklären. Eine große Mehrheit der Bevölkerung (91 Prozent) meinte bei einer Umfrage im Sommer 2010, die systemische Korruption schade der Republik mehr als religiöser oder anderer Extremismus.<sup>68</sup>

Deutlich äußern sich die Befragten auch zu Menschenrechtsverletzungen als Ursache und Symptom von Instabilität. 49 Prozent beklagen, dass staatliche Organe das »Recht auf Schutz des Lebens« missachteten, 29 Prozent sehen das »Recht auf Schutz vor will-

kürlicher Verhaftung« verletzt.<sup>69</sup> Auf einer Konferenz zur Bekämpfung von religiösem Extremismus, die Anfang August 2014 in Machatschkala stattfand, äußerten sich erstmals auch Referenten mit Verbindung zur Republikregierung kritisch in dieser Hinsicht. Die Aktivitäten der föderalen und lokalen Rechtsschutzorgane seien nicht nur unzureichend, sie würden mit illegalen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung sogar gegenteilige Effekte erzielen und zwischenreligiöse Konflikte erst provozieren.

Im Februar 2014 griff die Republikregierung den angeblichen Konnex zwischen sozialökonomischen Problemen und islamistischen Untergrunddynamiken auf, als sie ein Abkommen mit der Lokalverwaltung des Distrikts Untsukul und dem Dorf Gimri schloss. Die dortige Gebirgsregion bildet seit Jahren ein besonders wichtiges Rekrutierungsfeld für den bewaffneten Untergrund und ist zum Schauplatz permanenter Anti-Terror-Operationen geworden. Das sogenannte Gimri-Abkommen stellt den Einwohnern des Bezirks höhere Gehälter und soziale Dienstleistungen in Aussicht, sollten sie den Kampf gegen Terrorismus unterstützen.<sup>70</sup>

Allerdings warnen Regionalexperten davor, Armut und sonstige sozialökonomische Missstände zur Erklärungsschablone für Extremismus und Gewalt zu machen. Für die lokalen Machtorgane sei die hohe Jugendarbeitslosigkeit zum Mantra geworden, um Destabilisierung zu begründen. Dies aber, so der Einwand, sei nichts anderes als der Versuch, einer tiefergreifenden Ursachenanalyse zur Verbreitung von Extremismus, Kriminalität und Gewaltbereitschaft aus dem Weg zu gehen. Zudem seien die offiziell angegebenen sozialökonomischen Daten nur beschränkt aussagekräftig, gebe es doch eine breite Schattenwirtschaft, die sich fiskalischer und statistischer Erfassung entziehe. Tatsächlich liegen 50 bis 60 Prozent von Dagestans Wirtschaftstätigkeit im Dunkeln.<sup>71</sup> Überdies gibt es innerhalb der Republik erhebliche Unterschiede. Während Dagestan insgesamt bei den Angaben von Rating-Agenturen zur Attraktivität für Investitionen im innerrussischen Vergleich nur auf Platz 33 liegt,<sup>72</sup> rangiert die Republikhauptstadt unter den

66 Ders., »Dagestan's Industrial Output Grows Strongly – Thanks to Defense Spending and Loss of Russian Facilities in Ukraine«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (1.12.2014) 213.

67 »Opros: Žiteli Dagestana« [wie Fn. 22].

68 »Daghestan's President Suffers Further Rebuff«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 6.1.2011.

69 »Opros: Žiteli Dagestana« [wie Fn. 22].

70 »Can Gimri-Agreement Bring Stability to Dagestan?«, *Radio Free Europe/Radio Liberty Caucasus Report*, 14.2.2014.

71 Melamedov, »Mešanina klanovych interesov i družeskich svjazej« [wie Fn. 64].

72 »Vozvraščenie Dagestana« [Die Auferstehung Dagestans], in: *Ekspert Jug*, (2012) 21, <<http://expert.ru/south/2012/21/vozvrashchenie-dagestana/>> (Zugriff am 7.4.2015).

dynamischeren Städten Russlands.<sup>73</sup> Hier werden milliardenteure Projekte verfolgt, darunter der Ausbau des Hafens, die Errichtung neuer Fabriken und die Förderung von Tourismus am Ufer des Kaspischen Meeres.

Das Parlament der Republik diskutierte Ende Oktober 2014 ungewöhnlich offen die unzureichende politische Antwort auf Dagestans gravierende sozialökonomische Probleme. Dinge wurden deutlich ausgesprochen, die man in anderen Teilen des Nordkaukasus weitgehend verschweigt – etwa dass die politische Elite und die Amtsträger der Republik über enorme Reichtümer verfügen, für die sie keine Steuern zahlen. Dagestan habe ein hohes Potential für zusätzliche Steuereinnahmen. In der Hauptstadt sei gut ein Drittel des Grundbesitzes nicht registriert. Auch Republikoberhaupt Abdulatipow beklagte diesen Zustand bitterlich; gleichzeitig aber gab er zu erkennen, dass politische Lösungsversuche dazu bislang ausstehen.<sup>74</sup>

Wie in anderen Teilen des Kaukasus, so vor allem in Georgien, sind in Dagestan Entwicklungsprobleme der Landwirtschaft besonders dringlich. Die Produktivität des Agrarsektors liegt hier – trotz günstiger klimatischer Bedingungen – weit unter dem Standard in anderen Regionen Russlands. Seit Jahren wird eine technologische Modernisierung in diesem für die Bevölkerung besonders relevanten Wirtschaftssektor gefordert. Dagestans Bevölkerung stimmte in einem Referendum 1993 gegen die Privatisierung von Grund und Boden, bekam aber in der Folgezeit winzige Landstücke als Privatbesitz zugeteilt. Über 80 Prozent der Agrarproduktion werden auf Kleinstflächen unter Einsatz einfachster Technik erwirtschaftet. Dabei leben in den ländlichen Regionen über 60 Prozent der Einwohner Dagestans. Ähnlich wie in Georgien ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Besonders in der Frage der Verteilung knapper Bodenressourcen überschneiden sich sozialökonomische mit interethnischen Problemen. Die Landverteilung ist in einigen Regionen Dagestans, etwa den Gebieten der kumykischen Volksgruppe und den vom Akkiner-Problem geprägten Bezirken, zu einem Konfliktfaktor geworden.

In fiskalischer Hinsicht gehört Dagestan wie die übrigen nordkaukasischen Teilrepubliken zu jenen

Föderationssubjekten, die am stärksten vom Bundeshaushalt abhängig sind. 2014 betrug die Haushaltszuschüsse aus Moskau für Inguschetien 83 Prozent, Tschetschenien 82 Prozent, Dagestan 70 Prozent, Karatschai-Tscherkessien 65 Prozent, Nordossetien und Kabardino-Balkarien jeweils 55 Prozent.<sup>75</sup> Allein der Wiederaufbau des in zwei Kriegen zerstörten Tschetschenien – den sich Ramsan Kadyrow zugutehält, der aber größtenteils aus dem Zentrum finanziert wurde – hat erhebliche Geldsummen verschlungen. Hinzu kommt die Finanzierung der Protektorate Abchasien (70 Prozent der Haushaltsmittel kommen aus Moskau) und Südossetien (91 Prozent), deren Abtrennung von Georgien der Kreml unterstützt hat. Die Subventionen für Föderationssubjekte und Protektorate im Kaukasus haben bei der Bevölkerung im Innern Russlands den Slogan »Hört auf, den Kaukasus zu pöppeln!« populär gemacht und eine antikaukasische Xenophobie verstärkt. Wenn man die Zuschüsse aus dem Zentrum pro Kopf der jeweiligen Bevölkerung berechnet, werden freilich andere Regionen Russlands weit stärker unterstützt.

<sup>73</sup> »Dagestanskij ekonomičeskij ekspert Andrej Melamedov« [wie Fn. 71].

<sup>74</sup> Valery Dzutsev, »Government's Inability to Resolve Dagestan's Problems Gives Rise to Muslim Capitalist Class«, *Eurasia Daily Monitor*, 11 (11.11.2014) 207.

<sup>75</sup> Ders., »Russian Expert Warns North Caucasus Faces Economic Recession«, *Eurasia Daily Monitor*, 12 (12.1.2015) 6.



## Politische Entwicklung 2006–2014

Was das politische Klima betrifft, gilt die Republik Dagestan im Vergleich zu Tschetschenien noch als relativ liberal. Zivilgesellschaft ist hier stärker vertreten als in dem Kadyrow'schen Privatstaat. Ebenso existiert – anders als in der Nachbarrepublik – zumindest eine begrenzte Pressefreiheit. Wie im Abschnitt über Dagestans Völkervielfalt erwähnt, stützt die ethnische Diversität ein gewisses Maß an politischem Pluralismus und steht autokratischen Herrschaftsverhältnissen entgegen. So hatte der Vielvölkerstatus der Republik das Amt eines Präsidenten oder Republikführers lange Zeit verhindert. Erst Anfang 2006 setzte der Kreml den Awaren Muchu Alijew als Präsidenten an die Spitze der Republik. Alijew war in sowjetischer Zeit ein hochrangiger Parteifunktionär und bekleidete danach zehn Jahre lang den Vorsitz im Parlament Dagestans. Er galt als »Mann des Volkes« in einer Republik, in der politische Macht bislang an die Unterstützung durch lokale und ethnische Seilschaften gebunden war. Alijew, so schien es anfangs, stand über diesen Clan-Welten.

Doch die Hoffnung auf Korruptionsbekämpfung und bessere Regierungsführung wurde enttäuscht. Der Slogan »Nein zu Korruption und Nepotismus«, mit dem der Führungswechsel eingeleitet wurde, ging in der Realität nicht auf. Vielmehr verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage weiter, und die Sicherheitslage blieb prekär. Hohe Regierungsbeamte fielen Terroranschlägen zum Opfer. Und so endete die Amtszeit des einstigen Hoffnungsträgers Alijew nach drei Jahren mit Ernüchterung.

Moskau ersetzte ihn 2009 durch Magomedislam Magomedow, einen Sohn des langjährigen Staatsratsvorsitzenden, der als Präsidentenersatz fungiert hatte. Damit verschob sich die politische Macht im ethnischen Spektrum von den Awaren wieder zu den Darginern. Der neue Präsident war mit Hinterlassenschaften der 14-jährigen Herrschaft seines Vaters Magomedali Magomedow konfrontiert, die sein Amtsvorgänger Alijew nicht hatte bewältigen können. Das betraf vor allem Korruption und Vetternwirtschaft. Moskau setzte ihn auf internationaler Bühne ein, etwa für einen Staatsbesuch in Jordanien im Oktober 2010, bei dem König Abdullah für die gemeinsame Bekämpfung von religiösem Extremismus und Terrorismus gewon-

nen werden sollte. In Dagestan bemühte sich Magomedow vor allem um einen Dialog zwischen den konfessionellen Konfliktparteien der Sufiten und Salafisten und um eine Reintegration der »Waldbrüder«, des bewaffneten Untergrunds also, in die Gesellschaft. Die bereits erwähnten Konferenzen mit Islamgelehrten aus dem Mittleren Osten fielen in seine Amtszeit.<sup>76</sup> Er berief auch einen dagestanischen Völkerkongress mit fast 3000 Teilnehmern ein, der im Dezember 2010 religiösen Extremismus und Terrorismus verdammt und die Bevölkerung aufrief, den Kampf gegen den bewaffneten Untergrund zu unterstützen. Ein Ergebnis des Kongresses war die Schaffung eines Komitees für die Reintegration von Untergrundkämpfern. Doch auch Magomedislam Magomedow gelang es nicht, die Sicherheitslage in Dagestan zu verbessern. Der Innenminister der Republik bezifferte den bewaffneten Untergrund 2010 zwar nur auf 190 Mann, die sich auf neun militante Gruppen verteilten. Doch häuften sich die Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und Rebellen in den Städten Machatschkala, Chassawjurt und Derbent sowie in den ländlichen Bezirken Bujnask und Untsukul.<sup>77</sup> Die weiterhin angespannte Sicherheitslage veranlasste Moskau schließlich, erneut einen Führungswechsel in der größten nordkaukasischen Teilrepublik einzuleiten.

Anfang 2013 ersetzte der Kreml Magomedow durch Ramsan Abdulatipow, den in Moskau wohl bekanntesten Dagestaner. Abdulatipow galt dort als Experte für interethnische Beziehungen und religiöse Konflikte im Nordkaukasus; 1999/2000 hatte er kurzzeitig das ein Jahr später abgeschaffte föderale Ministerium für Nationalitätenbeziehungen geleitet. Damit trat abermals ein Hoffnungsträger an die Spitze der Republik, der als Erstes der Korruption und dem Clanismus den Kampf ansagte. Unter seiner Führung wurden Dutzende lokale Verwaltungsleiter ausgetauscht. Was den Umgang mit mächtigen Clan-Führern betraf, setzte die neue Regierung ein drastisches Zeichen: Sie entmachtete Said Amirow, der seit 1998 Bürgermeister der Republikhauptstadt war, als eine von Dagestans

<sup>76</sup> Siehe oben S. 17.

<sup>77</sup> »Dagestan's Leaders Issue Ultimatum to Militants«, *Radio Free Europe/Radio Liberty Caucasus Report*, 26.7.2010.

einflussreichsten Persönlichkeiten galt und breite Gefolgschaft besaß. Auf Amirov waren zuvor mehrere Mordanschläge verübt worden. Er wurde im Juni 2013 verhaftet und nach Moskau überstellt. Dort kam es zu einem politischen Gerichtsprozess, bei dem ihm die Ermordung eines Ermittlers in einem Strafverfahren gegen ihn zur Last gelegt wurde. Das Urteil lautete auf zehn Jahre Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis.

Abdulatipows Kampf gegen Korruption und Nepotismus führte zwar zum Austausch von Personal, doch die Strukturen, die dem Problem zugrunde liegen, wurden kaum angetastet. Es war auch nicht zu erwarten, dass sich ein Phänomen wie das Clan- und Seilschaftsprinzip, das für Dagestan so grundlegende gesellschaftlich-politische Bedeutung hat, ohne weiteres überwinden lassen. Dieses Prinzip wird nicht nur durch ethnische, sondern auch durch viele andere Zuordnungs- und Gemeinschaftskriterien bestimmt und prägt Politik wie Geschäftsleben der Republik auf entscheidende Weise. Zudem blieb der Kampf gegen den bewaffneten Untergrund oberste Priorität, was reformpolitische Programme in den Hintergrund rückte. Dabei zeugt die Praxis der Anti-Terror-Operationen in der Ära Abdulatipow von einer deutlichen Stärkung der »Siloviki«, das heißt des Sicherheitspersonals. Zur Bekämpfung der Rebellen setzt der Sicherheitsapparat alte Methoden ein. Wie in Tschetschenien werden die Häuser von Verwandten der Untergrundkämpfer gesprengt, und verhaftete »Terrorverdächtige« können kaum ein faires Gerichtsverfahren erwarten. Auf Beschwerden von Bürgern über Willkür und Straflosigkeit der Sicherheitskräfte reagiert Abdulatipow mit dem Argument, Dagestan müsse sich »reinigen«, was ein hohes Maß an Geduld erfordere.

Nach zwei Jahren unter Führung Abdulatipows nimmt die Kritik an der Regierung jedoch zu. Vorgebracht wird sie auch von Putins neuem Sonderrepräsentanten im Nordkaukasus, dem Dagestaner Sergej Melikow. Das Bewusstsein einer Systemkrise in der Republik ist weiter gewachsen. Und erneut wartet man darauf, dass Moskau sich einschaltet.<sup>78</sup>

<sup>78</sup> Valeriy Dzutsev, »Moscow's Divide and Rule Policy in Dagestan Results in Much Divide but Little Rule«, *CACI Analyst*, 29.10.2014.

## Ausblick

Russland blickt auf sein Nachbarland Ukraine als einen innerlich zerrissenen Staat, einen »Nicht-Staat« laut Präsident Putin. Dabei blendet Russland aus, wie sehr es selbst von ungelösten internen Integrationsproblemen herausgefordert wird – vor allem im Nordkaukasus und durch ein »inneres Ausland« wie die Teilrepublik Dagestan. Russlands Stellung in der kaukasischen Gesamtregion bleibt widersprüchlich. Einerseits zählt der Kreml den Südkaukasus zu seiner »privilegierten Einflusszone« im postsowjetischen Raum; in diesem Sinne bindet Russland etwa ein Land wie Armenien an sein Integrationsprojekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion und reagiert mit Druck und Drohung auf den euroatlantischen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens. Andererseits ist Moskau nur unzureichend in der Lage, in der eigenen kaukasischen Staatsperipherie Sicherheit, Stabilität oder gar gute Regierungsführung zu gewährleisten. Als Paradebeispiel für dieses Unvermögen kann Dagestan gelten.

Dagestan bildet nicht nur die komplizierteste Teilrepublik der Russischen Föderation. Es gehört im weitesten Sinne zu Europa, da der überwiegend muslimische Nordkaukasus geographisch zum europäischen Teil Russlands gezählt wird. Während die europäische Politik zum Nordkaukasus kaum Zugang hat, bildet der Südkaukasus einen relevanten Abschnitt des östlichen Nachbarschaftsraums der EU. Nord- und Südkaukasus wurden in der Forschung zu nachsovjetschen Entwicklungen meist getrennt behandelt. Doch schon beim Übergang von der sowjetischen in die nachsovjetsche Periode gab es kritische Schnittstellen zwischen nord- und südkaukasischen Krisen- und Konfliktregionen. Dagestan bildet mit seinen Grenzen zu Aserbaidschan und Georgien eine solche Schnittstelle.<sup>79</sup>

Für die europäische Perspektive fällt aber vor allem ins Gewicht, dass die Zone bewaffneten Aufstands mit islamistischem Hintergrund im postsowjetischen Raum nicht etwa in Zentralasien, an der Grenze zu Afghanistan, sondern im Nordkaukasus liegt – am

Südrand Europas also. Das wird leicht übersehen, weil die von hier ausgehenden terroristischen Aktivitäten bislang nicht auf das Territorium der EU, sondern ins Innere Russlands übergegriffen haben. Dagestan hat dabei Tschetschenien, auf das sich in nachsovjetscher Zeit die externe Wahrnehmung des Nordkaukasus weitgehend beschränkte, in der Topographie des bewaffneten nordkaukasischen Untergrunds mittlerweile an den Rand gedrängt. Mehr und mehr wurde die Teilrepublik zum Zentrum des »Kaukasus-Emirats« mit seiner Jihad-Agenda.

Zwar ist 2014 im Nordkaukasus die Zahl der Gewaltereignisse und damit verbundener Todesopfer zurückgegangen, und Streitigkeiten innerhalb des Emirats werfen Fragen auf, was die Handlungsfähigkeit dieses Akteurs angeht. Dennoch bleibt der bewaffnete Untergrund in Dagestan und im weiteren Nordkaukasus eine sicherheitspolitische Herausforderung – für Russland, aber auch für Europa. Die offenbar recht hohe Zahl an Kämpfern, die sich aus Tschetschenien, Dagestan und anderen Teilen des Kaukasus nach Syrien und in den Irak begeben haben, weist darauf hin, dass die sicherheitspolitische Relevanz eines kaukasischen Jihadismus über Russland hinausgeht. Hier agieren pauschal als »tschetschenisch« bezeichnete Gruppen, denen tatsächlich auch Rekruten aus Dagestan und anderen Teilpubliken sowie aus der nordkaukasischen Diaspora in der Türkei, Deutschland und weiteren europäischen Staaten angehören. Es ist nicht auszuschließen, dass sich diese in Syrien entstehenden neuen Verbindungen auch auf die Sicherheitslage in Europa auswirken. Im Kontext mit dem Islamischen Staat kehrte der Nordkaukasus 2015 auch in Russland wieder stärker in den sicherheitspolitischen Diskurs zurück, aus dem ihn der Ukraine-Konflikt zuvor verdrängt hatte.

<sup>79</sup> Uwe Halbach, *Trennlinien und Schnittstellen zwischen Nord- und Südkaukasus*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2012 (SWP-Aktuell 31/2012).

## Abkürzungen

CACI	Central Asia-Caucasus Institute (Washington, D.C.)
DUMD	Duchovnoe upravlenie musul'man Dagestana (Geistliche Verwaltung der Muslime Dagestans)
DUMSK	Duchovnoe upravlenie musul'man Severnogo Kavkaza (Geistliche Verwaltung der Muslime des Nord- kaukasus)
ICG	International Crisis Group
IS	Islamischer Staat
ISIS	Islamischer Staat im Irak und in Syrien
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
OSW	Ośrodek Studiów Wschodnich (Centre for Eastern Studies, Warschau)

## Literaturhinweis

*Uwe Halbach*

### **Russlands inneres Ausland. Der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas**

SWP-Studie 27/2010, Oktober 2010,

<[www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/  
studien/2010\\_S27\\_hlb\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S27_hlb_ks.pdf)>